

# tacheles GRATIS

Zeitung für Emanzipation und Solidarität Ausgabe 66 · Frühjahr 2017 · Kostenlos



**KUNSTWERK LEBEN – VON DER HOFFUNGSVOLLEN WAHLVERWANDTSCHAFT ZWISCHEN KUNST UND MEDIZIN BIS ZU DEN NATIONALSOZIALISTISCHEN VERBRECHEN  
AUSSTELLUNG IM KUNSTMUSEUM SOLINGEN 2. APRIL - 2. JULI**

## Inhalt

Interview mit dem Leiter des Kunstmuseums	3+4
Kampf gegen Busfahrplan-Kürzungen	4+5
Kommentar: Auf dem Rücken der Busfahrgäste	5
Nachbesserungen bei den ALG-II-Mietkosten	6+7
Protestaktion gegen Abschiebungen	7
Prozess gegen Antifaschisten	8
Flüchtlingshilfe Solingen e.V	9
Der Trampel	10
Ausgrenzung von Roma	11
Zum Dienstleistungsabkommen TISA	12
TTIP und CETA - Was Lläuft?	13
Lehren aus Fukushima, Harrisburg ...	13
Diskussion: Ittertal - Was machen wir aus Dir?	14+15
gruppeninfos	16

## Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation  
und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem  
Redaktionskollektiv erstellt. Auflage  
3.000

Kontakt & Zuschriften: c/o Café  
Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655  
Solingen

E-Mail: tacheles-solingen@gmx.de  
www.tacheles-solingen.de

Ausgabe 66 1.2.2017

ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche  
c/o Café Courage,  
Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen  
Bankverbindung:

Bürgerinitiativen-Büro Solingen e.V.  
IBAN: DE31330605920005464641  
BIC: GENODED1SPW (Sparda Bank)

Layout: Heinz Mähner

Titelbild: Sofie Muller, Tristan auf einer  
Liege, 2007, kolorierte Bronzeskulptur  
auf Liege, Leihgabe aus Privatbesitz ©  
Sofie Muller

**tacheles-Jahresabo**  
**Ein Jahr für 13 € frei Haus**  
**Unterstützungs-Abo 20 €**  
**frei Haus**

Bankverbindung  
Bürgerinitiativenbüro e.V  
IBAN: DE31330605920005464641  
Stichwort „tacheles-Abo“  
BIC: GENODED1SPW (Sparda Bank)



Frauen und  
**Café Courage**  
Initiativen Treff e.V.

Klemens-Horn-Str. 3  
42655 Solingen  
Tel.: 0212 27 36 35

**Mittwochs offene Tür**  
**von 12:00 bis 16:00 Uhr**

Offener Willkommenstreff für Flüchtlinge und  
UnterstützerInnen

**von 16:00 bis 18:00 Uhr**

Hausaufgabenhilfe



## INTERVIEW MIT DR. ROLF JESSEWITSCH, DIREKTOR DES KUNSTMUSEUMS SOLINGEN UND DES ZENTRUMS FÜR VERFOLGTE KÜNSTE

**Ist das Museum bekannter geworden durch die offizielle Eröffnung des Zentrums für verfolgte Künste vor einem Jahr? Wie wurde die Eröffnung von der Presse aufgenommen?**

Wir waren sehr erstaunt: Die Medien haben weltweit reagiert und darüber geschrieben. Artikel sind sogar in Brasilien, Portugal, Italien und Belgien erschienen. In den Niederlanden berichtete die Volkskrant auf zwei Seiten. Die Deutsche Welle hat es ebenfalls weltweit gemeldet. Im letzten Jahr hat der Guardian das Zentrum als eines der zehn besten Neugründungen weltweit ausgewählt. In Deutschland wurde in allen überregionalen und vielen regionalen Zeitungen berichtet. Der WDR-Hörfunk hat viel gebracht.

**Wie hat sich die Besucherzahl entwickelt?**  
Sie hat sich verdoppelt.

**Gibt es Auswirkungen des Zentrums auf das kulturelle Leben in Solingen?**

Noch nicht. Ich freue mich, dass mit dem vom Kulturausschuss beschlossenen Antrag zur Verstärkung der Zusammenarbeit Solinger Schulen mit dem Zentrum für verfolgte Künste die Stadt jetzt die Chancen erkennt, die sich hier bieten. Wir sind mit Schulen in Kontakt, aber diese haben wegen G8 wenig Zeit. Die Lehrer sagen: „Wir haben zu wenig Zeit für das Thema Nationalsozialismus.“

Wir bilden keine Staatsbürger aus, die Schüler lernen oft nichts mehr über die Nachkriegszeit. Das sind aber die Grundlagen des demokratischen Staates. Junge Menschen haben fast keine Ahnung davon, wie die Gesellschaft und der Staat funktioniert.

Das Zentrum hat noch zu wenig Wirkung. Uns geht es um Aufklärung. Das Unverständnis junger Leute entsteht auch durch die Änderung der Kommunikation: Ganz schnelle aufeinanderfolgende Bilder – der Zusammenhang wird nicht mehr hergestellt. Die Zeitungen haben sich früher stärker bemüht, Zusammenhänge herzustellen. Heute gibt es möglichst kurze Informationen.

**Haben Sie Beispiele dafür, mit welchen Ausstellungen/ Veranstaltungen zu aktueller Verfolgung von Menschen und insbesondere auch der Künste Stellung bezogen wird?**

Im Sommer [30.4. bis 3.9.] wird es eine Ausstellung „SOS Méditerranée“ geben. Es werden Zeichnungen gezeigt, die bei der Begleitung von Bootsflüchtlings entstanden sind. Für den Herbst war eine Ausstellung zu verfolgter Kunst in der Türkei geplant, die aufgrund der aktuellen Situation mit der Gefährdung von Kulturschaffenden nicht zustande kommt. Wir überlegen stattdessen, eine Tagung zu diesem Thema durchzuführen.

Wir haben im letzten Jahr aus Anlass des 25. Jahrestages des Deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages eine vertragliche Zusammenarbeit mit einem polnischen Museum mit einer schriftlichen Vereinbarung besiegelt.

**Entwickelt sich das gesellschaftliche Klima rückwärts?**

Weil die Leute sich nur noch so oberflächlich informieren, sind sie sehr anfällig für Populismus. Wie sehen die Anfänge, das wird weitergehen. Das geht bis in die bürgerliche Mitte hinein. Demokratie muss wehrhaft sein gegen die, die sie abschaffen wollen. Diejenigen, die sich nicht informieren, unterstützen dies.

Das Museum klärt mit seinen Themenstellungen auf. Wir stellen nicht nur Kunstwerke aus der Zeit der Verfolgung aus, sondern auch die Biografien und die Verfolgungsgeschichte. Es gibt Künstler, die ausgegrenzt wurden, weil sie „falsche Freunde“ hatten. Wir klären auf, was mit den Künstlern, was mit den Bildern passiert ist, wir berichten von der Willkür und der Gewalt.

**Wird das Zentrum als Mahner wahrgenommen?**

Wir sind eine aufklärende Institution. Dazu werden wir z.B. von Medien um Stellungnahmen gefragt, beispielsweise in der Diskussion um die Bilder von Cornelius Gurlitt. Die Situation und das Verhalten der Verfolgten können uns heute eine Lehre sein. Viele derzeitige Flüchtlinge sind im Exil, sie sind keine freiwilligen Migranten, ihr Leben ist häufig bedroht. Wir zeigen Leben und Werk von Künstlern, die schon in den 20er Jahren vor den zunehmenden Anfeindungen aus Deutschland weggegangen sind. 1924 geschah es in Göttingen, dass ein Professor mit dem Ruf „Ab nach Judäa!“ aus dem Hörsaal geprügelt wurde. Daraus entsteht die Einsicht, dass man schon auf Anfänge einer derartigen Entwicklung reagieren sollte. Die damaligen Bilder der Künstler sind nicht jenseits der Gesellschaft entstanden, sondern sie sind ein Spiegel dieser Gesellschaft.

**Welche nationalen und internationalen Zusammenarbeiten haben sich ergeben? Welche wichtigen Ausstellungen sind geplant?**

Wir haben Verbindung zum Museum für zeitgenössische Kunst in Krakau. Es gibt eine ständige Kooperation mit der Internationalen Holocaustgedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, mit dieser organisieren wir gerade zwei gemeinsame Ausstellungen. Bilder aus dem Zentrum für verfolgte Künste werden in den nächsten Jahren dort gezeigt. Die Smithsonian Institution, zu der 19 Museen gehören, möchte 2019 das Zentrum in

Washington vorstellen. Anschließend soll die Ausstellung nach Los Angeles gehen. Das IMIS in Osnabrück, das älteste Institut für Migrationsforschung, führt ein gemeinsames Projekt mit dem Zentrum zu den Migrationsbewegungen durch: „Follow people trace art“. Das Projekt wird auch in die Ausstellungen in den USA integriert.

Durch die Kooperation mit dem LVR gibt es drei zusätzliche Personalstellen. Seitdem betreut der neue Kurator des Zentrums, Jürgen Kaumkötter, die Projekte in den USA, Israel und Polen. Durch ihn können wir die Kooperationen erst wahrnehmen. Er betreut auch eine weitere große Ausstellung, die im April [2.4. - 2.7.] stattfindet: „Kunstwerk Leben – Von der hoffnungsvollen Wahlverwandtschaft zwischen Kunst und Medizin bis zu den nationalsozialistischen Verbrechen“. Die Ausstellung zeigt Kunstwerke vom Mittelalter bis heute, der Schwerpunkt ist Deutschlands dunkelste Zeit. Die Ausstellung ist eine Kooperation mit der Dietrich Grönemeyer-Stiftung. Prof. Dietrich Grönemeyer hält zu diesem Thema zwei Vorträge in Solinger Schulen.

**Welche Perspektiven sehen Sie für das Zentrum und für das Kunstmuseum insgesamt?**

Das Zentrum wird durch die Kooperation national und international bekannt bleiben. Weil es die einzige Institution ist, die auf dem Gebiet der verfolgten Künste kontinuierlich arbeitet, werden wir das Zentrum zukünftig noch besser aufstellen müssen.

Das Zentrum arbeitet mit den Beständen der Bürgerstiftung für verfolgte Künste - Else-Lasker-Schüler-Zentrum - Kunstsammlung Gerhard Schneider, die von Solinger Bürgern, dem Kunstsammler Dr. Gerhard Schneider und dem Kunstmuseum Solingen gegründet wurde und an der sich danach der Landschaftsverband Rheinland und die Stiftung der Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft Wuppertal e.V. beteiligt haben.

Beide Teile des Museums – die Zentrum für verfolgte Künste GmbH und die Kunstmuseum Solingen GmbH – müssen als Einheit betrachtet werden. Es gibt eine Kasse, einen Museumsshop, die Schulen werden von beiden Teilen betreut. Beide Teile sind wichtig. Das Leitbild des Ganzen ist die Aussage von Georg Meistermann über den Zusammenhang der Kunst der Verfolgten des Nazismus und der Kunst der jungen Generation, die in einer Demokratie frei arbeiten können. Der Gegensatz ist kein Widerspruch, sondern aufklärend.

**Strahlt das Konzept des Zentrums auf den Solinger Teil des Kunstmuseums, z.B. auf die Bergische Kunstaussstellung aus?**

Es gibt keine direkte Ausstrahlung. Die

Künstler sollen frei arbeiten, die Besucher sehen den Gegensatz zwischen den beiden Bereichen. Die Ausstellung der Solinger Schulen „Klasse Kunst“ war aber stark von politischen Aspekten geprägt.

#### Wie werden Schulen mit einbezogen? Verstärkt sich die Kooperation mit Schulen?

Die Kooperation mit Solinger Schulen verstärkt sich. Wir bauen die Museumpädagogik des Zentrums erst auf, die Kunstmuseum GmbH arbeitet daran schon länger. Das Kunstmuseum wird sich zukünftig noch mehr an die weiterführenden Schulen wenden.

#### Ließe sich die Wahrnehmung des Zentrums/ des Kunstmuseums in der Stadt und in der Region steigern?

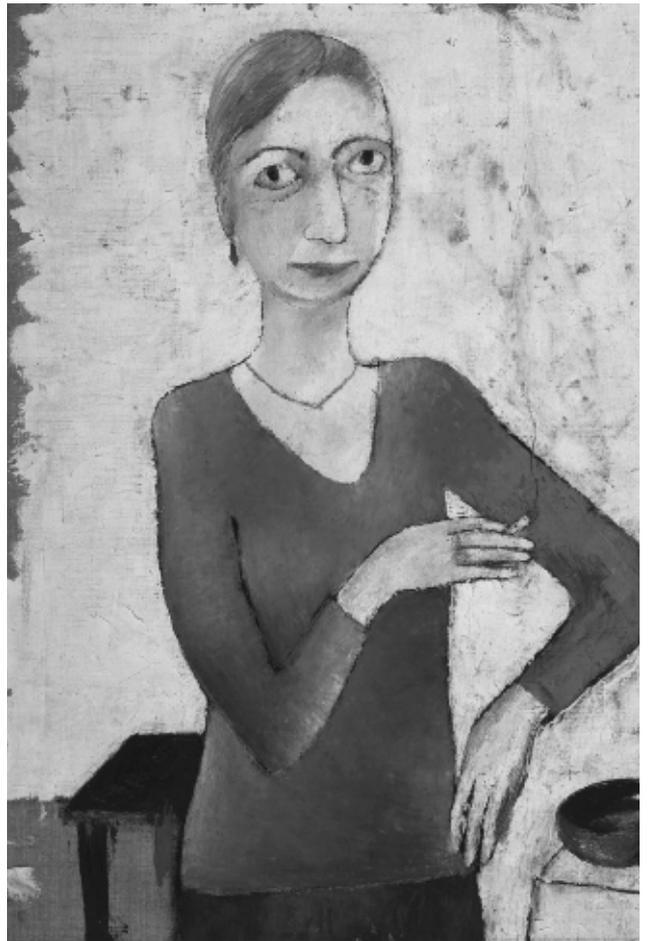
Ja, sie ließe sich steigern. Das Zentrum für verfolgte Künste konzipierte etwa die Ausstellung im Deutschen Bundestag zum 70. Jahrestag nach 1945 und der Befreiung der Menschen aus den Konzentrationslagern. Als dies veröffentlicht wurde, hat das in Solingen keine Zeitung gebracht. Der Westfälische Anzeiger berichtete auf zwei Seiten in Farbe, weil der Sammler der Bilder aus Westfalen stammt. Der niederländische „Volkskrant“ informierte ebenso ausführlich. Das ist in Solingen noch undenkbar. Die Wahrnehmung in der benachbarten Region ist medienbedingt zu gering. Es wird nicht in den Wuppertaler, Haaner, Hildener, Langenfelder Ausgaben der hiesigen Zeitungen berichtet. Nur, wenn es eine bundesweite Medienresonanz gibt, schließen sie sich die regionalen Zeitungen an. Die Krise der Tageszeitungen verstärkt das: Es findet eher weniger Kultur statt als mehr. Auch eine starke Internet-

präsenz wäre keine Alternative. Wir nutzen Facebook und Twitter, aber das erreicht nicht die Masse der Leute, die ältere Generation informiert sich aus der Tageszeitung.

#### Welche Zusammenarbeit kann Solinger Schulen, Vereinen und Einrichtungen angeboten werden?

Wir sind dabei, den Schulen konkrete Projekte für einzelne Jahrgänge vorzuschlagen. Es können auch gemeinsame Projekte entwickelt werden. Beispielsweise könnten wir den Mitgliedern von interessierten Vereinen das Zentrum vorstellen, wir könnten ein Stadtviertel ins Museum einladen. Zu bestimmten Anlässen oder an bestimmten Tagen könnte mit Hilfe von Sponsoren freier Eintritt geschaffen werden. Wir als Museum machen Vorschläge, aber wir sind auch offen für eigene Vorschläge interessierter Gruppen. Bei deutschsprachigen Führungen können zusätzliche Erklärungen z.B. auch in Arabisch oder Polnisch gegeben werden. Wir wollen, dass das Museum ein Haus für alle Bürger ist.

*Das Gespräch führten Heinz Mähner und Dietmar Gaida*



*Hella Jacobs, Frau mit Zigarette, um 1930/33, Öl auf Leinwand, Bürgerstiftung für verfolgte Künste – Else-Lasker-Schüler-Zentrum – Kunstsammlung Gerhard Schneider © Dr. Rolf Senger*

## KAMPF GEGEN BUSFAHRPLAN-KÜRZUNGEN

**Solingen will „Global Nachhaltige Kommune“ werden. Dazu stehen die aktuellen Kürzungspläne bei den Bussen in völligem Widerspruch. Trotz massiver Proteste von SolingerInnen, Vereinen und allen betroffenen Beiräten will die Stadtspitze weiterhin stark bei den Bussen kürzen: Ein Abbau des Fahrplans ist u.a. vorgeschlagen abends, jenseits der Hauptlinien, bei 683 und 684. Der Kleinbus KB 688, der viele abgeschnittene Gebiete bediente, wurde schon – vorübergehend (?) ersatzlos – eingestellt.**

Zum Haushalt 2017 wurde am 8.12.2016 ein fataler Beschluss gefasst: „Der Verlust im Verkehrsbereich der SWS GmbH wird mit dem ab dem 1.10.2017 gültigen Wirtschaftsplan auf maximal 9 Mio. Euro begrenzt.“ Bei keiner anderen Aufgabe der Stadt wird der Zuschuss um ca. 700.000 € gekürzt und zudem nicht einmal an die Inflation angepasst. „Als erstes Maßnahmenpaket werden dem ASUKM die Einsparvorschläge des Fahrgastbeirates zur Beschlussfassung empfohlen.“

Der 2010 als Interessenvertretung der Busfahrgäste vom Rat gebildete ÖPNV-Fahrgastbeirat, dem Abo-KundInnen, Fahrgast- und Umweltverbände, Beiräte und Ratsfraktionen angehören, hatte den Sommerschulferienplan und kleinere Kürzungen mitgetragen. Er appellierte aber schon am 1.9.2016 einstimmig „keine weiteren Kürzungen beim Busangebot durchzuführen. (...) Die Fahrgäste des öffentlichen Personennahverkehrs haben ein Recht darauf, nicht weiter verunsichert zu werden durch ständig wiederkehrende Kürzungsdiskussionen.“ Am 28.11.2016 forderte er weiterhin, vor Änderungen des Nahverkehrsplans (NVP) die betroffenen Bezirksvertretungen zu befragen und in den Stadtbezirken Bürgerversammlungen durchzuführen. Mit der Einführung des Sommerschulferienplans in 2016 werden 70.000 Bus-km/Jahr weniger gefahren. Bei der von der Stadt selbst angandten Berechnung („je km = 2,06 €“) würde das 144.000 €/Jahr ausmachen. Die Stadt sieht hier aber nur eine Einsparung von 76.000 €/Jahr. Da der Sommerschulferienplan

„bereits im Wirtschaftsplan enthalten“ sei, soll diese Kürzung sogar gar nicht als aktuelle Einsparung gewertet werden. Auch durch die Einschränkung des Geltungsbereiches der Kurzstrecke werden Mehreinnahmen zwischen 80.000 €/Jahr (Ersteinschätzung Verkehrsbetrieb SWS) und 180.000 €/Jahr (Fahrgastbeirat) erzielt. Der Verkehrsbetrieb erklärt jetzt einfach, man könne dies nicht berechnen, es sei „einnahmeneutral“. Im Ratsbeschluss vom 8.12.2016 steht weiterhin, der SWS-Geschäftsführer soll „darstellen wie die Einsparung in Höhe von mindestens 300.000,00 Euro durch weitere Optimierung im Betriebsablauf des Verkehrsbereichs der SWS GmbH ab 2017/2018 erreicht werden kann“. Wenn dies nicht gelingt, „wird bis zum 31.03.2017 im Beteiligungsausschuss nach Vorberatung des ASUKM entschieden, ob zur Erreichung der Verlustobergrenze weitere Einsparungen im Nahverkehrsplan nötig sind.“ Ohne die Ergebnisse dieser (internen) „Optimierung im Betriebsablauf“ abzuwarten,



schlug die Verwaltung am 31.1.2017 dem Stadtentwicklungsausschuss in der Vorlage 2371 vor, „weitere Einsparvorschläge zu unterbreiten“. Grundlage „bildet die Vorlage 1958.“ Diese sieht u.a. vor:

- Starke Reduzierung der Nachtfahrten sonntags bis donnerstags. U.a. die Siedlungsgebiete Meigen, Ketzberg/Abteiweg, Klinikum, Fuhr und Kannenhof würden dann nach ca. 22.30 Uhr gar nicht mehr bedient.

- Die bereits zum 31.12.2016 erfolgte Streichung des Kleinbusses KB 688, der seit 2014 für eine bessere Anbindung der zuvor völlig abgeschnittenen Wohngebiete Fürkelrath, Ei- paß, Nümmen, Lochbachtal sowie des Gewerbegebietes Dycker Feld sorgte. Nur in Teilbereichen soll ein Ersatz kommen, obwohl der im Mai 2013 vom Rat beschlossene NVP die Kleinbusse als Pilotprojekt vorsieht. Nach zwei Jahren sollte eine „Evaluierung beider Produkte TaxiBus und Kleinbus. Wahl des bevorzugten Produktes für das gesamte Stadtgebiet zur Umsetzung weiterer Gebiete“ erfolgen. Der gültige NVP sieht also ausdrücklich die weitere Anbindung vor.

- Taktabbau bei der 683 zwischen Krahenhöhe und Burg auf max. 30min-Takt.

- Taktabbau bei der 684 auf 15min-Takt.

Es darf nicht dazu kommen, dass der Busfahrplan und der NVP weiter verschlechtert werden. Das ist die Solinger Kommunalpolitik ihren BürgerInnen und besonders den SchichtarbeiterInnen, Jugendlichen und den in der Mobilität eingeschränkten schuldig.

Dafür ist weiteres Bürgerengagement und weiterer Bürgerprotest notwendig.

*Dietmar Gaida*

Die Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ kämpft für die Erhaltung des Bus-Angebotes und freut sich über weitere MitstreiterInnen. Kontakt: [www.solingen-gehoert-uns.org](http://www.solingen-gehoert-uns.org), [info@solingen-gehoert-uns.org](mailto:info@solingen-gehoert-uns.org)

### **Gegen die aktuellen Kürzungspläne der Stadtverwaltung gibt es massiven Widerstand:**

- 2170 SolingerInnen unterzeichneten innerhalb von zwei Monaten die Petition „Wir brauchen einen guten ÖPNV: Gegen die geplante massive Verschlechterung des Bus-Angebots!“

- Alle Gremien, die zur Beteiligung der BürgerInnen an der Kommunalpolitik eingerichtet wurden, protestierten: ÖPNV-Fahrgastbeirat, Zuwanderer- und Integrationsrat, Beirat für Menschen mit Behinderung, Seniorenbeirat, Jugendstadtrat, Frauenforum und Stadtjugendring.

- Eine Resolution gegen die geplanten Fahrplan-Kürzungen wurde u.a. unterstützt von Attac, Bezirksschüler\*innenvertretung, BUND, NABU, NaturFreunde Solingen-Wald/Ohligs + Theegarten, RBN, Solinger Appell, tacheles, VCD, ver.di-Bezirk Rhein Wupper und Vertrauensleute des Verkehrsbetriebes SWS und Zukunfts-Welten e.V.

### **Solingen nimmt als „Global Nachhaltige Kommune in NRW“ als eine von 15 Gemeinden am UN-Programm für die kommunale Umsetzung der Ziele der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ teil.**

Eines der Ziele dieses Programms lautet:

„Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf die Bedürfnisse von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen.“

### **Oberbürgermeister Tim Kurzbach und seine Partei, die SPD (wie auch Grüne, FDP, BfS, Linke, SG Aktiv und FBU), erklärten vor der Kommunalwahl 2014 und vor der OB-Wahl 2015 öffentlich, Fahrplankürzungen abzulehnen.**

Sie werden Schwierigkeiten haben, den Zusagen nachzukommen. Viele SolingerInnen hoffen, dass sie dieses Versprechen letztendlich doch einhalten.

Für die Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2014 erklärte die Solinger SPD:

„Wir haben nicht zugelassen, dass im Busverkehr gekürzt wird - im Gegenteil: Mit viel Kreativität und auch unter Nutzung neuer Wege ist die Qualität des Angebots für Solingen mit dem jetzt gültigen Nahverkehrsplan nochmals gesteigert worden. Mit neuen Buslinien, die sogar in kleinteiliger Siedlungsgebiete oder direkt zu wichtigen Arbeitsplätzen führen. Diesen Weg wollen wir weitergehen - natürlich auch mit dem ÖPNV-Fahrgastbeirat, der an der Ausarbeitung des Nahverkehrsplans einen großen Anteil hat.“

Der heutige Oberbürgermeister Tim Kurzbach erklärte für die Wahlprüfsteine zur Oberbürgermeisterwahl am zur Frage „Werden Sie als Oberbürgermeister in Ihrer Amtszeit 2015 - 2020 weitere Kürzungen beim Solinger Busverkehr unterstützen?“ folgendes:

„Ich stehe hinter dem deutlich attraktiveren neuen Nahverkehrsplan, der bei den Solingerinnen und Solingern offenbar gut angekommen ist. SPD und Grüne unterstützen den SWS-Verkehrsbetrieb massiv darin, diesen Standard mit modernem Marketing und einer effizienten Unternehmensführung zu untermauern. Für weitere Kürzungen sehe ich keinen Anlass.“

## **SPAREN AUF DEM RÜCKEN DER BUSFAHRGÄSTE?** **Kommentar zur Krise der Beteiligungsgesellschaft**

**Stolz ist die Solinger Politik auf das Ergebnis der Haushaltsberatungen für 2017: vom Rat der Stadt Solingen wurden am 8. 12. 2016 eine ganze Reihe von Investitionen in die Daseinsvorsorge beschlossen. So soll in Schulen, Kitas, Straßen und in ein neues Schwimmbad investiert werden. Um die „gefühlte“ Sicherheit in der Stadt zu verbessern, soll für jährlich ca. 1 Mio. € ein Ordnungsdienst mit 16 zusätzlichen Mitarbeitern organisiert werden.**

Fast alle verlustbringenden Gesellschaften unter dem Dach der Beteiligungsgesellschaft der Stadt Solingen (BSG), also Wirtschaftsförderung, Bädergesellschaft, Gründer- u. Technologiezentrum, Kunstmuseum, Musikschule, Bergische Symphoniker und weitere, können erst einmal aufatmen. Trotz der hohen Verschuldung der Stadt, trotz des bis 2018 zu erreichenden ausgeglichenen Haushalts und

trotz der drohenden Pleite der BSG gibt es vorerst keine besonderen Einschnitte. Zum Teil werden die Zuschüsse sogar erhöht.

Unerklärlich einzige Ausnahme: der Solinger Busverkehr, als Bestandteil der SWS ebenfalls unter dem Dach der BSG! Ausgerechnet beim Busverkehr einigte sich eine politische Mehrheit auf eine „Deckelung“ der Zuschüsse - „Deckelung“ klingt wohl besser als „Kürzung“. Doch der jährliche Zuschuss wurde auch gleichzeitig um € 700.000 gekürzt: von bisher € 9,7 Mio. auf € 9 Mio.

Und diese „Deckelung“ wird zusätzlich scheinbar weitere Kürzungen nach sich ziehen – bis irgendwann nur noch ein völlig unattraktives Bus-Angebot übrigbleibt. Gründe für weitere Kürzungen können steigende Kosten für Energie, Personal, Anschaffungen, Inflation, besondere Ereignisse wie Unfälle oder Schadensersatzforderungen und

vieles, vieles mehr sein – es lässt sich nicht immer alles vorausberechnen.

Die Einstellung des Kleinbus KB 688 zum 1. Januar war erst der Anfang.

Doch der ÖPNV muss zukunftsorientiert gestaltet werden!

Wofür gibt es den Fahrgastbeirat? Warum werden dessen Proteste nicht ernst genommen? Wo bleibt die Bürgerbeteiligung?

Bis spätestens Mitte der 2020er Jahre wird die BSG insolvent sein wird, das ist kein Geheimnis.

Deshalb sollte in der Solinger Politik endlich die effiziente Rückführung einiger städtischer Einrichtungen in den städtischen Haushalt zur Diskussion stehen, und nicht irgendwelche uneffektiven Kürzungen beim ÖPNV, die wegen des dann schlechteren Angebots zu Fahrgastverlusten führen.

*Birgit Correns*

## NACHBESSERUNGEN BEI ALG-II-UNTERKUNFTSKOSTEN NACH WIE VOR UNZUREICHEND

**Seit dem 1.1.2017 gelten neue Unterkunftskosten für HilfeempfängerInnen. Die erhoffte Erhöhung war allerdings nur unzureichend und liegt nur vier Euro über dem Wert vom Juli 2012. So stellt sich die Entwicklung folgendermaßen dar:**

Obergrenzen der Stadt für Grundmiete und Nebenkosten:

	Grundmiete	Nebenkosten	Gesamt
1.6.2012	258 €	75 €	333 €
1.1.2015	246 €	74 €	320 €
1.1.2017	249 €	88 €	337 €

Im Vergleich zu der am 1.1.2015 in Kraft getretenen Regelung erhöhten sich die Obergrenzen für Grundmiete und Nebenkosten pro m<sup>2</sup> für die verschiedenen Haushaltsgrößen wie folgt:

Bei einer Person um 0,34 €, bei zwei Personen um 0,26 €, bei drei Personen um 0,20 €, bei vier Personen um 0,45 €, bei fünf Personen um 0,29 €.

Etwas mehr als 50 % der Bedarfsgemeinschaften sind Ein-Personen-, sogenannte Single-Haushalte. Vier und mehr Personen-Haushalte sind im Vergleich dazu marginal vorhanden. Deshalb ist es richtig, sich bei der Bewertung der Regelung der Kosten der Unterkunft auf die Single-Haushalte zu konzentrieren.

Entwicklung der Mietobergrenzen der Stadt für Ein-Personen-Haushalte bei der Grundmiete für 50m<sup>2</sup>:

Juli 2012	258 €	5,16 €/m <sup>2</sup>
Januar 2015	246 €	4,92 €/m <sup>2</sup>
Januar 2017	249 €	4,98 €/m <sup>2</sup>

Die Höchstmieten bei den Grundmieten wurden also in 4,5 Jahren um 0,18 € pro m<sup>2</sup> gesenkt. Das sind 9 € bei 50 m<sup>2</sup>. In zwei Jahren seit 2015 stiegen diese nur um 0,06 €.

Die NRW-Bank hat für Solingen in der Mittleren Angebotsmiete (Wiedervermietung) im Bestand für 2014 6 € pro m<sup>2</sup> ermittelt und festgestellt, dass die mittlere Angebotsmiete im Zeitraum von 2013 auf 2014 um 2,5 % gestiegen ist. Die Entwicklung des preisgünstigsten Viertels der Angebotsmiete (Wiedervermietung und Erstanmietung) ist nach Angaben der NRW-Bank in Solingen von 2013 bis 2014 um 5 % gestiegen. Auch der Wohnungsmarktbericht 2013 der Stadt Solingen ermittelte 6,89 € pro m<sup>2</sup> durchschnittlich für einen 50 m<sup>2</sup>-Einpersonenhaushalt.

Auch wenn zur Festlegung dieser Obergrenzen der niedrigste Wert in der untersten Wohnlage zu Grunde gelegt werden muss (Bundessozialgericht), kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass hier in den letzten 4,5 Jahren eine Steigerung und keine Senkung der Grundmietenpreise stattgefunden hat. Selbst wenn man davon ausgeht, dass es in den letzten Jahren hier keine oder nur geringfügige Steigerungen gab, hat die Stadt Solingen in ihrer Dienstanweisung für die Kosten der Unterkunft (KdU), gültig ab

1.6.2012, für einen Ein-Personenhaushalt (50 m<sup>2</sup>) 258 € (5,16 €/m<sup>2</sup>) festgelegt. Hierbei ist allerdings vom niedrigsten Wert der mittleren Wohnlage ausgegangen worden. Auf diesem Hintergrund kommt es seit Januar 2015 zu der paradoxen Situation, dass als angemessen anerkannte Wohnungen nun nicht mehr angemessen sind.

Obergrenzen der Stadt für kalte NK für Ein-Pers. Haushalte:

1.6.2012	75 €	1,50 €/m <sup>2</sup>
1.1.2015	74 €	1,48 €/m <sup>2</sup>
1.1.2017	88 €	1,76 €/m <sup>2</sup>

Damit wird die Steigerung der Nebenkosten (NK) in den letzten 4,5 Jahren, im Rahmen der KDU-Richtlinien, von nur 13 € für einen 50 m<sup>2</sup>-Haushalt angenommen.

### Der Spruch des Monats ...

stammt vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Carsten Voigt. In der Sitzung des Sozialausschusses vom 26. Januar warf er den Grünen, welche Kritik an der ihrer Meinung nach unzureichenden Nachbesserung bei den Kosten der Unterkunft für Arbeitslosengeld II- und GrundsicherungsempfängerInnen äußerten, vor, dass diese ein „Rund-um-Wohlfühlpaket“ für die von Mietsenkungen betroffenen Hilfeempfänger schnüren wollten.

### Nebenkosten in 2017 nicht berücksichtigt

Allein im Vergleich zum letzten Jahr stiegen die Grundabgaben in 2017 um 38 € für eine Solinger Durchschnittsfamilie (ST 12.11.16). Diese Erhöhungen in 2017 sind aber bei der Neuberechnung nicht berücksichtigt worden. Deshalb werden die neuen Werte der Mietobergrenzen, kaum in Kraft getreten, schon bald keinen Bestand mehr haben, weil sie den realen Verhältnissen für diejenigen, welche eine neue Wohnung anmieten wollen oder müssen, nicht entsprechen. Für die Bestandsmieten mögen sie noch erträglich sein. Wer aber mit den höheren Mieten bei den Neuvermietungen rechnen muss, wird weiter „im Regen stehen gelassen“ und muss aus seinem Regelsatz zur Miete selbst hinzu zahlen. Somit werden wir spätestens in einem halben Jahr ähnliche Verhältnisse wie im Januar 2016 haben, wo mehr als 2500 Hilfeempfänger in dieser Stadt durchschnittlich 71,12 € Miete aus ihrem Regelsatz (409, bzw 368 €) hinzu zahlen müssen und dann weit unter dem Existenzminimum mit etwa 330 Euro im Monat leben (Essen, Kleidung, Strom, Telefon usw.) müssen.

Zwar will die Verwaltung zukünftig Nachbesserungen an den Regelungen für die Unterkunftskosten auch ohne Gutachten (60 000 €), über eine Indexanpassung an Mieten und Nebenkosten vornehmen, aber auf einen

Zeitpunkt dafür wollte sie sich bislang nicht festlegen lassen.

Auch die Verwaltungen hatte Ende 2016, vor der Haushaltsverabschiedung, noch mit einer größeren Erhöhung gerechnet und deshalb für die Haushaltsberatungen – vor dem neuen Ergebnis des Gutachtens – 0,50 € pro m<sup>2</sup> zunächst angesetzt. Dies wurde, von der Politik kaum wahrgenommen, wenige Tage vor der Haushaltsverabschiedung mittels einer Veränderungsliste korrigiert, wobei 800 000 € eingespart wurden. Schon im Jahr 2016 wurden durch die gesenkten Werte nach dem Gutachten etwa 1 Millionen € bei den KdU eingespart. In zwei Jahren wurden hier also fast 2 Millionen € weniger ausgegeben, als die Verwaltungen zunächst für realistisch hielt. Die Gutachter-Firma Analyse und Konzepte hat sich mit dem alten und dem neuesten, nachgebesserten Gutachten selbst disqualifiziert. Deren Geschäftsmodell besteht offensichtlich darin, dass für finanzschwache Städte geringste KdU-Werte errechnet werden. Die Stadt Solingen wäre gut beraten, für die nächste Begutachtung in einem transparenten Verfahren eine andere Firma auszuwählen.

### Ermessensspielraum nutzen

*Ein Kommentar von Frank Knoche*

Unsoziale Bundesgesetze und Bundessozialgerichtsentscheidungen binden den Kommunen und Jobcentern vor Ort weitgehend die Hände. Ihr Spielraum für ihre Ermessensentscheidungen ist nicht besonders groß. Aber es gibt diesen Spielraum. Das er im Solinger Jobcenter, wie auch in den meisten anderen Städten, nur unzureichend genutzt wird, hat Ursachen. Es mangelt an ausreichend qualifiziertem Personal für diese schwierige und durch die unsoziale Hartz-Gesetzgebung geprägte Arbeit. Umso größer sollte der Respekt vor Behördenmitarbeiterinnen sein, die kompetent und fair (geblieben) sind. Aber es trauen sich immer noch viel zu wenige Sachbearbeiter, eigene Ermessensentscheidungen zu treffen. All zu oft werden Entscheidungen bürokratisch vom Schreibtisch aus beschieden, ohne die spezifischen Probleme der Betroffenen erfragt zu haben und zu kennen. Dies passiert um so mehr, wenn sich Leistungsabteilungen vor ihren „Kunden“, den Leistungsempfängern abschotten. Dies zu verändern, die Atmosphäre in einer Einrichtung zu verbessern, das ist in aller erster Linie Aufgabe der Verantwortlichen. Dies ist nicht einfach und braucht seine Zeit, aber man muss damit anfangen.



## Was tun bei nicht angemessenen Mieten?

Mit einer Dienstanweisung zur Übergangsregelung für die Anerkennung der angemessenen Kosten der Unterkunft für Leistungsbezieher im Rechtskreis SGB II und SGB XII vom 22.4.2016 hat der Sozialdezernent, Jan Welzel, auf die Probleme der Hilfeempfänger, eine neue, angemessene Wohnung zu finden, reagiert. In einem ersten Gespräch zwischen Politik und Verwaltung im Januar 2017, über die Neuregelung der KdU, wurde geklärt, dass die Dienstanweisung weiter gilt.

Entsprechend dieser Anweisung kann, wenn keine angemessene Wohnung gefunden wurde, eine Verlängerung der Frist (6 Monate) zur Mietsenkung eingeräumt werden, wenn der Leistungsempfänger seine bisherigen Bemühungen der Wohnungssuche aussagekräftig glaubhaft macht. Diese Glaubhaftmachung „kann zum Beispiel durch eine Bestätigung einer anderen Stelle (z.B. Genossenschaften) oder durch eine Bestätigung der den Leistungsempfänger bei der Wohnungssuche unterstützenden Sozialen Beratungsstelle erfolgen“.

Das Solinger Arbeitslosenzentrum SALZ rät, unter Berufung auf diese positiv zu bewertende Dienstanweisung:

1. Lassen Sie sich von Wohnungsgesellschaften wie dem Spar- und Bauverein oder der LEG und generell von Vermietern bestätigen, wenn diese keine angemessene Wohnung für sie haben.
2. Lassen Sie sich von Beratungsstellen, die Ihnen bei der Wohnungssuche behilflich waren, es bescheinigen, wenn trotz intensiver Bemühungen kein angemessener Wohnraum gefunden wurde.
3. Beantragen Sie einen Wohnberechtigungsschein und lassen Sie sich in die Liste der Wohnungssuchenden beim Wohnungsamt eintragen.
4. Falls Ihnen ein Umzug aus gesundheitlichen Gründen nicht zuzumuten ist, weil Verwandte in der Umgebung gepflegt werden müssen, die Kinderbetreuung oder der Weg zur Arbeit erheblich erschwert wird, teilen Sie dieses dem Jobcenter oder Sozialamt schriftlich mit.
5. Falls ein Umzug teurer wird als gewöhnlich (Krankheit, keine Helfer, Demontage und Aufbau einer Einbauküche usw.) teilen Sie es den Behörden mit, damit dies in der Wirtschaftlichkeitsberechnung für einen Umzug berücksichtigt wird.

Frank Knoche

## SOLINGER VERHÄLTNISSE ERFORDERN ANTIFASCHISTISCHE ANTWORT!

**Am 12. 10. 2016 fand eine antifaschistische Aktion vor dem sogenannten „Willkommenscenter“ statt. Wieso? Es ging uns darum, den wahren Charakter dieses Ortes zu offenbaren. Daher standen wir mit einem Transparent auf dem „Abschiebe-center“ zu lesen war, auf der Kölner Straße. Auch wenn die Solinger Verwaltung sich alle Mühe gibt, die eigene Migrationspolitik als Teil der „Willkommenskultur“ darzustellen, so muss doch festgestellt werden, dass auch in Solingen eine menschenverachtenden Abschiebepolitik existiert. So sollen auch kranke und suizidgefährdete Menschen um jeden Preis**



**abgeschoben werden. Dabei wird sich von den Verantwortlichen der Solinger Ausländerbehörde auf Landes- und Bundesgesetz berufen und die eigene Verantwortung abgestritten. Hier zeigt sich deutsche Hierarchie und Autoritätshörigkeit von ihrer schlimmsten Seite. Doch nicht nur die Abschiebepolitik ist menschenverachtend. Auch die „Integrationspolitik“ in Solingen, wenn man sie denn überhaupt so nennen kann, lässt die Menschen mit ihren Problemen alleine.**

Dies zeigt zum Beispiel der Fall eines minderjährigen Flüchtlings, der am Dienstag, den 17.1.2017 im Flüchtlingsheim an der Beethovenstraße seinem Bruder wegen einer Lapalie mit einem Messer in den Bauch stach. Der ältere Bruder (20) schwebt inzwischen nicht mehr in Lebensgefahr, der jüngere (16) wurde verhaftet. Ein tätlicher Angriff innerhalb einer Familie, Nächte im Krankenhaus, ein junger Mann dem nun eine Gefängnisstrafe droht – Tragisch, keine Frage. Doch viel erschreckender als die Geschichte selbst ist die Haltung des Jugendamtes, welches sich konsequent vor der Verantwortung drückt. Statt dass man einem 16-jährigen mit Gewalt-

potenzial besondere Unterstützung zuteil werden lässt, wird der widerwillige Bruder davon überzeugt mit ihm unter gewöhnlichen, unbeaufsichtigten Erwachsenenbedingungen zusammen zu leben.

So wird ein zuvor schon auffällig gewordener Jugendlicher ohne Beaufsichtigung in ein Flüchtlingsheim gesteckt, die Zweifel des älteren Bruders werden kleingeredet und er stellt letztendlich eine Gefahr für sich selbst und andere dar. Ein Missgeschick, eine Fehlkalkulierung mit fatalem Ausgang? Schwer zu glauben, zumal es sich um einen Fall handelt, der exemplarisch für eine viel zu verbreitete Praxis steht. Das Jugendamt schickt in Solingen gezielt verhaltensauffällige unbegleitete Geflüchtete in Flüchtlingsunterkünfte sobald sie volljährig werden (teils auch schon früher), statt für sie Sorge zu tragen und weitere notwendige Maßnahmen einzuleiten, wie man es auch bei „deutschen“ Jugendlichen tun

würde. Dadurch ist bei ohnehin geschädigten jungen Menschen keine Besserung zu erwarten, im Gegenteil: Sie werden praktisch aufgegeben. Wenn ein Jugendlicher von Sozialarbeitern und Betreuern bisher nicht überredet werden konnte regelmäßig die Schule zu besuchen scheint es paradox dass dies durch erwachsene Mitbewohner in einer städtischen Unterkunft erreicht werden soll. Wenn jemand schon im Alter von 16, 17 Jahren ersten Kontakt mit illegalen Drogen hatte werden ihn noch laxere Beaufsichtigung sicher nicht davon abhalten sich weiter darauf einzulassen. Doch als Folge von Einsparungen und Unterbesetzung im Jugendamt bleibt dort kaum etwas anderes übrig, als so viel Arbeit und Verantwortung wie möglich los zu werden. Diese Ressourcenknappheit setzt völlig falsche Prioritäten, und die Folgen sind absehbar; der erschreckende Fall häuslicher Gewalt vergangenen Dienstags wird nicht der letzte gewesen sein.

...Solinger Verhältnisse erfordern antifaschistische Antwort!

Antifa SG

## Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht für Flüchtlinge, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen, solinger-appell@operamail.com

Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage

## WENN RASSISTEN NICHT MEHR RASSISTEN GENANNT WERDEN DÜRFEN

**„Rassist“ sei für Parteigänger und Aktivisten der AfD eine Beleidigung. So urteilte der Richter am Amtsgericht Leverkusen, Dietmar Adam, und verhängte eine Geldstrafe gegen den Antifaschisten Günter Bischoff in Höhe von 375 Euro. Damit übertraf er noch die geforderte Strafe der Staatsanwältin.**

Am 16. April 2016 protestierten Antifaschisten, unter anderem auch aus Solingen, gegen eine Werbeveranstaltung der rassistischen AfD in der Innenstadt von Leichlingen. Unter den Gegendemonstranten war auch Günter Bischoff, Vorstandsmitglied der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) in Solingen. Ein AfD-Aktivist fühlte sich dabei als Rassist und Nazi bezeichnet, persönlich beleidigt und erstattete Anzeige gegen Günter Bischoff.

Obwohl die Zeugenaussagen der drei AfD Mitglieder und Sympathisanten, darüber, ob die Worte „Nazi“ und „Rassist“, persönlich adressiert, tatsächlich von Günter Bischoff fielen, sehr widersprüchlich waren, hielt Richter Adam diese für glaubhafter als die Aussagen der antifaschistischen Zeugen. Daran änderte auch nichts, dass AfD-Mitglied Bastian Schmitz als Zeuge gefragt, ob er die Bezeichnung „Nazi“ gehört habe, dies verneinte, aber feststellte, dass Nazi und Rassist für ihn das Gleiche wäre.

Interessant bei diesem Prozess war auch, dass

die Polizisten, welche die Anzeige und Personalien aufgenommen hatten, diese aber offenbar nicht zur Anzeige brachten – was dann die Staatsanwaltschaft Köln aus eigenem Antrieb tat – gar nicht als Zeugen geladen waren. Was die Rolle dieser Staatsanwaltschaft betrifft, äußerte sich der Verteidiger von Günther Bischoff, dass er „von dieser Abteilung der Staatsanwaltschaft nichts anderes erwartet“ habe. Schließlich hatte die gleiche Staatsanwaltschaft eine Anzeige wegen Volksverhetzung gegen den bei der gleichen AfD-Aktion ebenfalls anwesenden CDU-Ratsherren („die Syrer zünden ihre Heime doch selber an“) nicht weiter verfolgt. Dass der Vater dieses CDU-Politikers selbst Richter und Kollege an diesem Amtsgericht war, sorgte in den Zuschauerreihen für Spekulationen.

Für Richter Adam kam es vor allem darauf an herauszufinden, ob der Rassismus- und Nazi-Vorwurf persönlich auf einen der anwesenden AfD-Propagandisten gemünzt war. Eine Bewertung der AfD und dessen Programm als rassistisch oder faschistisch sah er offenbar im Rahmen der Meinungsfreiheit als nicht strafbar an. So dürfte zwar das Programm der AfD als rassistisch gekennzeichnet werden, AfD-Aktivistinnen dürfen sich aber mit einer solchen Zuschreibung beleidigt fühlen. Damit hätten die AfD-Anhänger die Interpretationshoheit und könnten jegliche Kritik an ih-

rer Politik und Programmatik mit erfolgversprechenden Strafanzeigen verhindern. Wer also für ein Partei wirbt, die ein rassistisches Programm hat und dabei rassistische und faschistische Äußerungen von führenden Mitgliedern dieser Partei verteidigt, der soll kein Rassist sein?

Bischoff machte in dem Verfahren deutlich, dass seine Bemerkungen über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und geistige Brandstiftung in der besagten Auseinandersetzung immer mit konkreten Belegen auf das AfD-Programm bezogen waren.

Die VVN-BdA Solingen erklärte: „Sollen, wie im Falle von Günter Bischoff, Gegner der AfD auf diese Weise mundtot gemacht und Demokraten eingeschüchtert werden?“

Günter Bischoff: „Es ist ein Skandal, dass Gegner dieser Rechtspopulisten jetzt durch Gerichte eingeschüchtert werden sollen, während die AfD weiterhin gegen Flüchtlinge und Asylsuchende hetzen darf. Ich habe niemanden persönlich beleidigt, sondern die Politik der AfD als in weiten Teilen rassistisch und völkisch national dargestellt. Mit ihrer Hetze ist diese Partei Stichwortgeber für die Nazis und Brandstifter in Deutschland. Das habe ich während des Infostandes der AfD deutlich gemacht und dabei bleibe ich. Ich lasse mich nicht mundtot machen.“

Frank Knoche



### Bundestag verabschiedete Gesetz zu Cannabis als Medizin

Nach langer Diskussion hat der deutsche Bundestag am 19.1.2017 einstimmig das Gesetz zur medizinischen Verwendung von Cannabis verabschiedet.

Bisher musste man eine Ausnahmeerlaubnis zum Erwerb von Cannabis durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizin beantragen. Eine Genehmigung für diese Ausnahmeregelungen haben bisher lediglich 400 Menschen in Deutschland für etwa 30 unterschiedliche Krankheiten bekommen. Zu den fünf wichtigsten Diagnosen gehören Chronische Schmerzen, Multiple Sklerose, das Tourette-Syndrom, Depressive Störungen und ADHS. Evaluiert und bestätigt sind auch große Erfolge bei der Bekämpfung von Nebenwirkungen bei Chemo-Therapien zur Krebsbehandlung. Die Krankenkassen haben die Kosten für eine Behandlung bisher nicht übernehmen müssen.

Ab März 2017 soll Cannabis endlich relativ einfach vom Arzt verschrieben und von den Krankenkassen bezahlt werden können.

Der Deutsche Hanfverband, der sich seit Jahren für dieses Ziel eingesetzt hat, sieht trotz Kritik am Detail einen großen Fortschritt für Patienten und auch Ärzte.

(Quelle: Deutscher Hanfverband)

**Kontaktadresse:**  
ZukunftsWelten e.V.  
Mühlenteich 5 42653 Solingen  
Tel.: 0212-59 04 01 FAX: 259 25 11



Abzugsfähige Spenden werden erbeten auf das Konto  
ZukunftsWelten e.V. Konto 5251269 BLZ 342 500 00 Stadtparkasse Solingen



## FLÜCHTLINGSHILFE SOLINGEN E. V. WÜNSCHT SICH EINE „FLUCHT NACH VORNE“ - ... WIE SCHAFFEN WIR ARBEITSPLÄTZE?

Seit jetzt fast 2 Jahren begleiten viele freiwillige Helfer unseres Vereins „Flüchtlingshilfe Solingen e.V.“, die in unser Land „eingereisten Menschen“, in ein für sie völlig neues Leben. Wiederholt stellen wir uns die Frage, ob unsere Fantasie auch nur annähernd ausreichen kann, eine Vorstellung von dem zu erlangen, was diese Menschen auf ihren unterschiedlichsten Flucht-Szenarien erlebt haben mögen. Leben in Deutschland, mit einer gesetzlichen Krankenversicherung, einem Rechtsstaat, der den Menschen Bildung zugänglich macht, soziale Einrichtungen und Vereine fördert, läßt dies wohl nur schwerlich zu. Zumindest, solange wir uns als ein vollwertiges Glied dieser Gesellschaft bzw. Gemeinschaft spüren und fühlen.

### Wie geht es nach dem „Ankommen“ jetzt weiter?

Nach allen einigermaßen überstandenen Strapazen und Schwierigkeiten möchten diese Menschen nun Ruhe finden, ankommen und sich eine neue Perspektive bzw. Existenz aufbauen. Nun dürfen wir uns fragen, wie würden wir uns fühlen, wenn wir ca. 1 ½ Jahre nach Ankunft in einer deutschen Stadt, nach derlei Erlebtem keine sichtbare Perspektive haben finden können. Viele dieser „Neuen Solinger“ halten sich häufig in unseren Vereinsräumen am Ufergarten 25, in 42651 Solingen-Mitte auf. Nicht wenige von Ihnen sind aufgrund dieser ungeklärten Zukunft sehr verzweifelt, wenn nicht sogar depressiv. Menschen benötigen eine Sinngebung in ihrem Leben. Sie benötigen eine Struktur in ihrem Tagesablauf und das Gefühl, ein vollwertiger Teil der Gesellschaft zu sein.

### Seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten.

Dies ist eine Frage der Humanität. Die Antwort hierauf lautet „Respekt und Wertschätzung“. Sie möchten nicht nur empfangen, sie möchten auch geben. Dies vermittelt das lebensnotwendige Gefühl von Selbstwirksamkeit, Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl. Fehlt einem Menschen dieses gänzlich, droht früher oder später die Gefahr einer Erkrankung.

Doch wir haben nicht „NICHTS“ erreicht. Viele unserer Geflüchteten haben inzwischen eine Wohnung gefunden und in Deutschkursen lernen sie unsere Sprache. Bei uns finden die Schüler die notwendige kostenfreie Unterstützung beim Erlernen der Sprache, da sie dem Inhalt der Kurse nicht immer problemlos folgen können. Gemeinsam unterrichtete unterschiedliche Kulturen erschweren das Lernen. Ein abschließender Test und die Übergabe eines Zertifikates bestätigt, dass der Deutschkurs erfolgreich (oft auch nur die Teilnahme) besucht wurde. Der Test kann

nach Nichtbestehen noch einmal wiederholt werden. Danach bleibt es dem Betroffenen offen einen Job zu suchen, oder den Lehrgang zu wiederholen und die Kosten dafür selbst zu tragen.

### Ein „neues Leben“ - wie geht das?

Der Wunsch nach Arbeit und einer leistungsgerechten Bezahlung ist auch hier bei uns deutlich zu spüren. Tagtäglich unterstützen wir viele geflüchtete Menschen, aber auch unzählige Deutsche, die unsere Einrichtung regelmäßig aufsuchen dabei eine Arbeit zu finden. Sie suchen mit uns auf den Webseiten der Arbeitsagentur oder auch in der Zeitung nach offenen Stellen. Wir rufen an oder sie versuchen es selbständig. Aber nicht nur die Flüchtlinge suchen nach einer Tätigkeit. Auch sehr viele Hartz IV-Empfänger finden bei uns Gehör und berichten, dass sie keine Arbeit finden, von der sie menschenwürdig ihren Lebensunterhalt ohne Aufstockung bestreiten können.

### Trotz Ausbildung, Weiterbildung und weiterer Maßnahmen über das Arbeitsamt bleiben sie in ihren Situationen „gefangen“.

Sind Maßnahmen zielführend??? Nicht wenige Menschen, die wir kennenlernen durften, haben hierdurch ihre Würde verloren. Sie haben bereits verschiedene Maßnahmen absolviert, empfinden diese inzwischen als Beschäftigungstherapie, weil die ersehnte Unabhängigkeit mittels einer leistungsgerechten Vergütung damit weiterhin nicht greifbar wurde. Frau B., eine über 50-jährige Wiedereinsteigerin, wünschte sich einen Vollzeitjob und hat auf Anraten des Jobcenters eine einjährige Qualifizierungsmaßnahme zur Betreuungspädagogin mit dem Notendurchschnitt von 1,1 absolviert. Hierüber kann sie sich bis heute nicht wirklich freuen, da sie bisher keine Anstellung finden konnte, die ihr ein Einkommen zum notwendigen Lebensunterhalt (ca. 1300,- bis 1400,- € netto) ermöglicht. Wie kann es sein, dass so viele Menschen nicht mehr klarkommen und selbst unter größtem Aufwand keine richtige Arbeit mehr finden können? Es zeigt sich ganz deutlich, dass hier etwas nicht stimmt und wir möchten hierzu eine These aufstellen:

Obleich wir selbst zurzeit viele Ehrenamtsstunden leisten, sehen wir eigentlich hierbei ein großes Problem.

### Das Ehrenamt verhindert feste Arbeitsplätze.

Als Ehrenamtler bezeichnet man z. B. alle Flüchtlingshelfer, Hausaufgabenbetreuer, Fußballtrainer, Menschen eben, die ohne Entgelt bei den Kirchen, kirchlichen Organisationen, anderen Organisationen, Institutionen und Vereinen helfen oder auch

Helfer der freiwilligen Feuerwehren sind etc. etc. Das ist grundsätzlich eine unglaublich wunderbare Leistung, die gerade wir zu schätzen wissen. Da wir nur an Lösungen interessiert sind, die die Gemeinschaft stützen, ist uns jedoch aufgefallen, dass „WIR“ alle gemeinsam dem Staat als solchen durch diese eigentlich heldenhafte Unterstützung viele Aufgaben abnehmen, die normalerweise vom Staat getragen werden müssten. Laut dem DPWV (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband) leisten jährlich ca. 23.000.000 Menschen in Deutschland Ehrenamts-Dienste. (Diese Zahl soll nur eine erste Kalkulationsgröße darstellen und muss sicherlich noch genauer bestimmt werden!) Kalkuliert man jeden Ehrenamtler mit 2 Stunden Ehrenamt in der Woche = 8 Stunden im Monat und einem Mindestlohn in Höhe von 8,50 €/Stunde kommt man auf einen Betrag von 1.564.000.000 €. Teilt man diesen durch ein durchschnittliches Gehalt für eine Vollzeitstelle in Höhe von 1400 € monatlich könnten immerhin nachhaltig 1.117.142 neue Vollzeitstellen in Deutschland geschaffen werden. Auf diese Weise würde es wieder eine grosse Anzahl an neuen Stellen geben. Arbeitslose, die bereits ehrenamtlich im sozialen Bereich wie z. B. Hausaufgabenbetreuer, Fußballtrainer oder Sozialhelfer sind, könnten daraus folgend eine Festanstellung erhalten und so auch wieder am wirtschaftlichen Leben teilnehmen. Demgegenüber leistet der Staat zurzeit sehr hohe Geldleistungen durch das bestehende Sozialsystem unter Hartz 4, bei dem der Mensch zwar Kunde, aber trotz allem Bittsteller ist, der früher oder später seine Würde verliert. Die so häufig benannten „Faulenzer, die eh fürs Nichtstun Geld abzocken wollen“, könnten sich in einem von Ihnen gewünschten Bereich eine Arbeit suchen. Warum ist es nicht möglich, Menschen, die unter Hartz IV leben und gleichzeitig schon ein Ehrenamt absolvieren in bezahlte Vollzeitstellen im 2-Stufen-Plan umzuwandeln? Warum können nicht Fördergelder ohne Maßnahmen-Charakter sofort in richtige, nachhaltige Arbeitsplätze investiert werden. Warum kann es nicht ermöglicht werden, Ehrenamtler zu unterstützen, die z. B. Geflüchtete oder Menschen, die unter Hartz 4 leben müssen in eine Selbständigkeit behutsam und nachhaltig zu begleiten? Voraussetzung dieses Lösungsansatzes ist natürlich die Anerkennung der Leistungen aller Ehrenamtler Deutschlands durch den Staat.

Dies soll ausschließlich eine Arbeitsgrundlage darstellen, die sicherlich noch genauer zu überdenken ist.

Wir suchen Lösungen!

Saskia Frings

## DER TRAMPEL

„Es war ein Fehler, ich habe nicht richtig nachgedacht“ Trump Wähler nach der Wahl

Mit der Wahl am 8. November 2016 haben sich die US-Bürger für einen Mann ihres Vertrauens ausgesprochen der sie schwer enttäuschen wird.

Und es wirft auch ein Licht auf das amerikanische Wahlsystem, das zum einen vom weißen Geld-Adel dominiert wird, zum anderen auf das Problem des längst überholten Wahlmännersystems, das noch aus der Frühzeit der US-Geschichte stammt. Der Wahlkampf war ein Trauerspiel für jede Demokratie. Die eine erstickte an ihrer Political Correctness und email-Analphabetentum. Der andere trampelt auf allen rum was amerikanische Geschichte und Demokratie ausmacht und wird bejubelt. Keine Minorität die nicht beschimpfte wurde. Hätte er gesagt er würde die Sklaverei wieder einführen sie hätten immer noch gejubelt.

Acht Jahre Obama Regierung wurden mal ebenso weggewischt. In dieser Stimmung kommt das Nobel-Preiskomitee daher und verleiht einem Bob Dylan den Literatur Nobelpreis. Als müßte man nochmal einmal ein Schlaglicht darauf werfen, dass es noch ein anderes Amerika gibt.

Als Vorgeschmack darauf was er von seinen Wählern hält, ließ er noch vor seiner Amtseinführung die von Obama eingeführte Gesundheitsreform „Obamacare“ zusammenstreichen und unterschrieb sie noch am Tag seiner Amtseinführung. Nicht anders wird es dem Klimaschutz ergehen.

Was für ihn Amerika ist, zeigt sich in seinem Regierungskabinett das überwiegend aus



Militärs und Milliardären besteht, fast alle ohne wesentliche Politik-Erfahrung so wie er selbst.

Trump wird Politik für Trump machen, kriegslüstern wie Bush, rüstungswahnsinnig wie Reagan, kriminell wie Nixon und am Ende aus dem Amt gejagt wie Nixon oder ermordet wie Kennedy?

Dass so ein Mann Europa nicht mag, zeigt nur zu deutlich das er nichts von der Europäischen Gegenwarts-Geschichte des Zwanzigsten Jahrhunderts verstanden hat. Genauso wie die Europäischen Rechts-Populisten. Während Trump mit Europa nach dem Motto verfahren möchte „Spalte und Herrsche“, wollen die anderen das Rad der

Geschichte zurückdrehen. Zurück in eine Zeit von Nationalstaaten wie 1914. Und aufwachen werden Sie im einen zweiten 1945. Staaten haben noch nie aus sich heraus alleine existieren können. Abschottung ist der erste Schritt zum Verlust eigener Identität.

Dass Trump die englische Premierministerin May als ersten europäischen Politiker empfängt und den Brexit lobt, während ihn gleichzeitig die Rechten hoffieren, zeigt, wie schwierig die Zeiten werden. Die Europäische Union wird die schwerste Bewährungsprobe ihrer Geschichte überstehen müssen. Das kann sie aber nur, wenn sie offensiv wird. Das heißt ihre Werte, Einheit, Demokratie, Soziale Gerechtigkeit und Meinungsfreiheit ihren Mitgliedsstaaten und Bürgern noch einmal deutlich ins Gedächtnis ruft.

Nur so kann sie einen US-Trampel und den nationalen Dummköpfen entgegen wirken.

Russland und China reiben sich die Hände. Mit „America first“ hat Trump ihnen in die Karten gespielt, und sie werden keine Skrupel haben dies auszunutzen. Das Transpazifische Freihandelsabkommen TPP war der Anfang, die Chinesen werden gern die Lücke füllen. Sowie sie ihm bestimmt auch Tipps geben können was seinen Mauerbau zu Mexiko angeht. Sinnlos, teuer und für spätere Generationen vielleicht eine Touristenattraktion. Vielleicht soll sie in Wirklichkeit nur sein Monument für die Ewigkeit werden. Als Symbol für seine Amtszeit sinnlos, teuer und eine Fehlspekulation die man von der Steuer absetzt.

Oder sie verfolgt eh einen anderen Zweck, sie soll nicht die Mexikaner daran hindern in die USA zu kommen, sondern die US Bürger daran hindern sein gelobtes Land zu verlassen. Die Abschottung nach Kanada wird dann still und leise vollzogen. Dass Mauern niemanden aufhalten, kann er in der neueren deutschen Geschichte und hautnah von Frau Merkel erfahren. Vielleicht kommt es ja soweit, das US-Amerikaner demnächst in Europa um Asyl nachsuchen.

Das einzig Berechenbare an Trump ist seine Unberechenbarkeit.

Heinz Mähner

### „Solingen gehört uns!“

Unsere überparteiliche Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ setzt sich für den Erhalt und die Förderung öffentlicher Daseinsvorsorge ein. Dazu gehören die Rekommunalisierung der Stadtwerke Solingen sowie Verbesserungen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) statt Fahrplan-Kürzungen.

Seit der Gründung Anfang 2007 stellen wir uns gegen jede weitere Privatisierung der Grundversorgung unserer Stadt Solingen durch profitorientierte Konzerne. Wir fördern die demokratische Verantwortung in unserer Stadt Solingen: durch Öffentlichkeit, Transparenz und mit Hintergrund-Informationen.

Wir treffen uns jeden zweiten Dienstag im Monat um 19.00 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3.

Interessierte sind bei uns herzlich willkommen!

Mehr Infos: [www.solingen-gehört-uns.org](http://www.solingen-gehört-uns.org)

„SOLINGEN GEHÖRT UNS!“





## AUSGRENZUNG VON ROMA

**Ausgrenzung von Roma gibt es seit Jahrhunderten. Wie auch beim Rassismus geschieht dies durch ausgrenzende, abwertende und ganz und gar willkürliche Zuschreibungen von außen. Kern der Vorurteile ist also nicht, was Roma tatsächlich tun oder nicht tun, sondern vielmehr das, was andere als typisch für Roma definieren und (meist negativ) bewerten.**

Diese jahrhundertelange Ausgrenzung zwingt europäische Roma bis heute zum Teil in Lebensumstände, die von Armut und Arbeitslosigkeit geprägt sind, was die Vorurteile vermeintlich bestätigt: ein Teufelskreis.

Ähnlich wie die jüdische Bevölkerung wurden Roma im Laufe der Geschichte häufig zu „Sündenböcken“ einer populistischen Politik. Auch heute noch werden sie von PolitikerInnen diskriminiert, ausgegrenzt und vertrieben (z.B. Rumänien, Italien seit 2008, Frankreich seit 2010), und in den Medien wird oft negativ und Stereotype verfestigend über sie berichtet.

Roma werden seit Jahrhunderten an ihrer gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe gehindert. Dafür gibt es historische Gründe, aber auch einen heute noch schwer zu durchbrechender Teufelskreislauf von Ausgrenzung und Vorurteilen.

### BEISPIEL ITALIEN (Juni 2010)

Die Regierung von Rom hat den Notstand ausgerufen, den „Nomadennotstand“. Tausende von Roma werden auf diese Weise per Gesetz diskriminiert und sollen aus dem Stadtbild verschwinden – mit Hilfe des so genannten Nomadenplans. Dieser sieht die rechtswidrige Zwangsräumung zahlreicher städtischer Roma-Lager vor. Die meisten der betroffenen Roma sollen in Großlager in die Außenbezirke der Stadt umgesiedelt werden. Andere erhalten keinen Platz und werden obdachlos.

Amnesty International betrachtet den „Nomadenplan“ als diskriminierende Maßnahme gegenüber den Bewohnern der betroffenen Roma-Siedlungen. Er setzt sie schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen aus und darf daher in seiner gegenwärtigen Ausgestaltung nicht umgesetzt werden.

Amnesty international fordert den „Sonderbeauftragten für den Nomadennotstand“ auf,

- den Plan sofort auszusetzen und mit den betroffenen Roma in einen umfassenden Dialog zu den Umsiedlungsvorhaben zu treten, damit ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden,
- sicherzustellen, dass das Recht der Roma auf angemessenes Wohnen in einem überarbeiteten Plan tatsächlich gewährleistet ist,
- sicherzustellen, dass Zwangsräumungen und Umsiedlungen nur als letztes Mittel und nur in Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsstandards durchgeführt werden und
- einen Plan für die Integration der Roma auf dem Stadtgebiet von Rom zu entwickeln.



Gruppentreffen finden in der Regel jeden 1. Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr statt bei der Lebenshilfe im Südpark, Alexander-Coppel-Str. 19-21  
Eingang zum Portugiesischen Zentrum, Seminarraum 1. Etage

### FLÜCHTLINGS- UND AUFENTHALTS-RECHTLICHE SITUATION IN DEUTSCHLAND

Je nach ihrer Staatsangehörigkeit unterliegen Roma in Deutschland sehr unterschiedlichen aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen: Sind sie Staatsangehörige Bulgariens, Rumäniens oder anderer EU-Staaten, dann sind sie kraft dieser Staatsangehörigkeit EU-Bürger. Diese genießen im gesamten EU-Raum Freizügigkeit. Umstritten ist, inwieweit Staatsangehörige Bulgariens und Rumäniens in Deutschland Anspruch auf Sozialleistungen haben. Tatsache ist, dass die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien sehr viel mehr in die deutschen Sozialsysteme einzahlte, als sie diese Systeme kostet. Die Klage von der „massenhaften Einwanderung in die Sozialsysteme“ gehört in das Reich der Märchen verwiesen.

Roma dagegen, die die Staatsangehörigkeit eines Staates außerhalb der EU (im Fachjargon: „Drittstaatsangehörige“) oder gar keine Staatsangehörigkeit haben, unterliegen den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes bzw. als Asylsuchende denjenigen des Asylverfahrensgesetzes. Dazu gehören gegenwärtig vor allem Roma aus Serbien und Mazedonien. Weil zwischen ihren Herkunftsländern und der EU Visafreiheit besteht, dürfen sie für einen Aufenthalt von bis zu drei Monaten visumsfrei in die EU einreisen. Um länger bleiben zu können, müssen sie allerdings häufig Asylanträge stellen. In der Debatte wird oft behauptet, Roma seien in Serbien und Mazedonien aber gar nicht verfolgt, stellten also ihre Anträge aus „asylfremden“ Motiven.

Berichte des UN-Ausschusses gegen Rassismus (CERD) und von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International haben Fälle beschrieben, in denen in Serbien und Mazedonien Menschen Opfer gezielter Diskriminierung wurden, die an ihre Zugehörigkeit zur Roma-Ethnie anknüpfte. Besonders ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte wurden verletzt, etwa durch rechtswidrige

Zwangsräumungen ganzer Siedlungen.

Zusammenstellung verschiedener Amnesty-Berichte:

<http://www.amnestytub.de/aktionen/sinti-und-roma>/[www.amnesty.de/roma-wohnen](http://www.amnesty.de/roma-wohnen)

### Termine

#### 21. Februar

**17:30 Uhr** Aktions Konferenz Nachhaltigkeit Stadtkirche Fronhof  
**20:30h** Bunt statt braun, Mehrgenerationenhaus

#### 22. Februar, 18 Uhr

Rechte Parteien im Wahlkampf, Forum in der VHS

#### 3. März, 17 Uhr

Gedenkveranstaltung und Gedenkgang zum Sinti-Mahnmahl an der Korkenziehertrasse anlässlich des Jahrestages der Deportation Solinger Sinti nach Auschwitz, Alter Markt

#### 4. März, 18 Uhr

Konzert anlässlich des Sinti-Deportations-Gedenktages nach der Kommunalen Integrationskonferenz, Stadtsaal Wald

#### 8. März 17 Uhr

Demonstration für Frauenrechte, Neumarkt

#### 24. und 25. März,

Antirassismustag, Stadtkirche / Vogelsang

#### 5. April, 13 Uhr

Düsseldorf: Ostermarsch, Treffp. Sol. Hbf.

#### 23. April, 10:30 Uhr

Wenzelnberg: Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nazi-Regimes, Haus Gravenberg

#### 1. Mai, 10:30 Uhr

Maidemonstration und Kundgebung des DGB und bunt statt braun, Parkplatz an der Hauptpost

Garten  
gestaltung  
& -pflege

Thomas  
Wendt

0212  
81 73 73

## TISA – MEHR ALS EIN DIENSTLEISTUNGSABKOMMEN...

**Noch immer viel zu wenig bekannt ist das Dienstleistungsabkommen TISA (Trade in Services Agreement). Dabei ist es für die öffentliche Daseinsvorsorge ungleich gefährlicher als TTIP und CETA.**

Die Verhandlungen werden bereits seit Anfang 2012 unter strengster Geheimhaltung in Genf in der Schweiz geführt. Auf Drängen der USA wurde vereinbart, die Inhalte bis zu 5 Jahre nach Inkrafttreten, aber auch nach einem ergebnislosen Ende der Verhandlungen, geheim zu halten. Eigentlich sollten die Verhandlungen schon Ende 2016 beendet sein, noch in diesem Jahr soll TISA unterzeichnet werden.

### **Verhandlungsteilnehmer sind 23 Regierungen, einschließlich der EU**

Mit den 28 einzelnen EU-Staaten verhandeln insgesamt 51 Länder über das Abkommen: Australien, Chile, Chinese Taipeh (Taiwan), Costa Rica, EU, Hong Kong (HKC), Island, Israel, Japan, Kanada, Kolumbien, Lichtenstein, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, Panama, Paraguay, Peru, Südkorea, Schweiz, Türkei und die USA.

Allerdings ist keiner der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) mit dabei. Was ist daraus zu schließen? Wollen die, wie sie sich selbst nennen, „Really Good Friends of Services“ (Wirklich guten Freunde von Dienstleistungen) mit diesem Abkommen die wichtigsten Schwellenländer, nämlich die „BRICS-Staaten“ unter Druck setzen, damit diese dann letztendlich auf Grundlage der von den „Really Good Friends“ diktierten Bedingungen dem Abkommen beitreten?

Die Initiatoren des Dienstleistungsabkommens TISA sind sogenannte „entwickelte Länder“ - und multinationale Dienstleistungskonzerne.

Ziel ist eine weitgehende Liberalisierung, Privatisierung und Kommerzialisierung aller öffentlichen Dienstleistungen

Etwa 70 % aller Dienstleistungen weltweit wären an dieses Abkommen gebunden!

### **Weite Bereiche der Daseinsvorsorge wären von TISA betroffen**

Wettbewerbsfreundliche Regulierungsvorlagen für eine Vielzahl von Sektoren sollen den Marktzugang für ausländische kommerzielle Anbieter erleichtern, um damit besonders die Interessen von multinationalen Konzernen zu bedienen. Zu diesen Sektoren gehören z. B. Finanzdienstleistungen, Telekommunikationsdienste, der elektronische Handel, Seeverkehr, Luftverkehr, Straßen- und Schienenverkehr, freiberufliche Dienstleistungen, Energiedienstleistungen, Wasserversorgung, Post- und Kurierdienste, Bildung, Gesundheitswesen, Kindergärten, Altenheime, Kultur und Unterhaltung.

Diese Regulierungsvorlagen würden alle diese Dienstleistungsbereiche durch Einschränkungen und/oder Ausbebelung im Bereich Verbraucherschutz, Arbeitsschutz und Umweltschutz bedrohen.

Fast alle Bereiche der Daseinsvorsorge wären von TISA betroffen: Private internationale Konzerne würden die regionalen öffentlichen Dienstleister langfristig verdrängen.

### **Die zur Verhandlung stehenden Vorlagen untergraben soziale, arbeitsrechtliche und Umweltstandards sowie Datenschutz und die Privatsphäre**

#### *1. TISA soll eine grundsätzliche Gleichbehandlungsforderung für alle Vertragsparteien enthalten:*

Eine „Antidiskriminierung“ von privaten gegenüber öffentlichen Dienstleistungen und umgekehrt ist vertraglich vorgesehen. Das bedeutet in der Umsetzung z. B. für staatliche Subventionen:

Wenn öffentliche Dienstleister staatlich subventioniert werden, müssen private Anbieter für die gleiche Leistung ebenfalls subventioniert werden.

Im Umkehrschluss: wenn private nicht subventioniert werden, dürfen öffentliche Leistungen auch nicht subventioniert werden.

In der Umsetzung könnten der ÖPNV, die VHS, die Schwimmbäder, Schulen, Kitas – fast die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge von privaten Anbietern übernommen werden.

#### *2. Qualifikationserfordernisse und -verfahren:*

Technische Normen und Zulassungsverfahren dürfen mit Abschluss des Abkommens keine Hemmnisse mehr für den Handel mit Dienstleistungen sein.

Das hätte zur Folge, dass innerstaatliche Regelungen (Gesetze, Verordnungen) zurück

genommen oder zumindest eingeschränkt werden müssten.

Davon betroffen wären z. B. Arbeitsschutzanforderungen, Umweltschutzregeln und Verbraucherschutzgesetze.

- Unter Technische Normen versteht man die gesetzlichen Vorschriften, die bei Erbringung der Dienstleistung eingehalten werden müssen.

- Zulassungserfordernisse sind Anforderungen, die ein Unternehmen erfüllen muss, um von der Regierung die Erlaubnis zur Erbringung der Dienstleistung auf dem Markt zu bekommen.

#### *3. Vorübergehender Aufenthalt natürlicher Personen (Modus 4)*

Modus 4 erlaubt Unternehmen die Entsendung seiner Mitarbeiter in ein anderes Land zur Erbringung einer Arbeitsleistung. Das können Führungskräfte, Berater, Facharbeiter, Pflegepersonal oder Bauarbeiterkräfte sein. Nach Beendigung der Arbeit muss der Arbeitnehmer das „Gastland“ allerdings unverzüglich verlassen. Das führt zu einem Konkurrenz- und Lohndruck für die inländischen Arbeitnehmer.

#### *4. Grenzüberschreitender Datenverkehr und Privatsphäre*

TISA wird auch für das Internet gelten!

Wenn die USA ihre Interessen durchsetzen können, wird das Abkommen die uneingeschränkte Sammlung und Übertragung von persönlichen Daten erlauben.

Unternehmen sollen umfassende persönliche Informationen sammeln, verkaufen oder für kommerzielle Zwecke nutzen dürfen.

Damit würde jede noch bestehende Privatsphäre wegfallen.

Bei diesen Daten handelt es sich um persönliche Nutzerinformationen, Finanzinformationen, Cloud-Computing-Dienste und digitale Informationen zum Konsumverhalten.

### **Die drei wichtigsten Kritikpunkte hat TISA mit TTIP und CETA gemeinsam:**

1. ISDS (Investor State Dispute Settlement): Die Investorenschutzklausel erlaubt Konzernklagen gegen Staaten, aber nicht umgekehrt. Der Urteilsspruch ist endgültig, eine Revision nicht möglich. Es gibt mittlerweile ca. 568 Konzernklagen gegen Staaten.

2. Das Abkommen als „Living Agreement“: TISA ist ausdrücklich als „Living Agreement“ konzipiert – erreicht damit nie seine Endfassung.

Die sektoralen Regulierungsmaßnahmen werden durch einen „regulatorischen Rat“ laufend „wettbewerbsfreundlicher“ weiterverhandelt - vorbei an jeder parlamentarischen Beteiligung.

3. Ratchet-Klausel: Diese „Stillhalte-Klausel“ erlaubt keine Re-kommunalisierung bereits privatisierter



## TTIP UND CETA – WAS LÄUFT...?

Dienstleistungen. Einmal privatisiert ist für immer privatisiert!

Darum muss auch TISA verhindert werden!

TISA würde die Selbstbestimmung und die Handlungsfähigkeit von Regierungen bis hin zu den Kommunen stark einschränken, teilweise sogar aushebeln.

Gewerkschaften würden mit Einführung dieses Abkommens weitgehend entmachteter.

Durch seine extreme Geheimhaltung, die aggressiv überzogenen Liberalisierungsforderungen und durch den übermäßigen Einfluss von Konzernen auf die Verhandlungen steht TISA im Widerspruch zu den Werten des öffentlichen Interesses und der kommunalen Daseinsvorsorge.

Der übertriebene Geltungsumfang birgt große Risiken für das breite öffentliche Interesse, einschließlich der Privatsphäre, der Internetfreiheit, Umwelt- und Verbraucherschutz.

TISA wäre ein weiteres wirkungsvolles Instrument zur Stärkung und Gewinnmaximierung der großen Konzerne und zum Abbau unserer Demokratie!

*Birgit Correns*

**Bereits im Oktober 2015 kamen in Berlin 250.000 Menschen zu einem gemeinsamen Protest gegen das Handelsabkommen TTIP zusammen. Die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) sammelte innerhalb eines Jahres (2015 bis 2016) mehr als drei Millionen Unterschriften gegen die beiden geplanten Handelsabkommen TTIP und CETA.**

Im April 2016 reichten die Organisatoren von Campact, Foodwatch, Mehr Demokratie gemeinsam mit anderen Verbänden eine Verfassungsklage gegen CETA, unterschrieben von 125.000 Unterstützern, beim Bundesverfassungsgericht ein. Eine Musiklehrerin aus Nordrhein-Westfalen lieferte sogar noch mehr als 68.000 Unterschriften nach.

Nachdem zuletzt am 17. September 2016 in sieben Großstädten insgesamt 320.000 Menschen auf die Straßen gegangen und gegen TTIP und CETA protestiert haben, sind beide geplanten Handelsabkommen mittlerweile zu allgemein bekannten Begriffen geworden.

Anfang September 2016 erklärte Sigmar Gabriel dann plötzlich TTIP, das Abkommen

mit den USA, für tot.

Doch davon auszugehen, dass TTIP wirklich gestorben ist, dazu ist es noch viel zu früh. Wir kennen doch alle den Spruch: „Totgesagte leben länger!“ Welchen Weg der neue US-Präsident in Hinblick auf TTIP gehen wird, darüber kann man schlecht spekulieren, denn offensichtlich scheint Donald Trump unberechenbar zu sein – und das mit einer starken Finanz-Allianz im Rücken.

Gegen CETA laufen aktuell verschiedene Klagen – aber sollte es vor einem endgültigen ablehnenden Urteil und vor einer endgültigen Ratifizierung durch die EU-Mitgliedsstaaten zu einer vorläufigen Anwendung kommen, so lässt sich die Umsetzung des Freihandelsabkommens kaum mehr verhindern.

Kommt CETA, dann werden die USA vielleicht gar nicht mehr so ein großes Interesse an TTIP haben, denn tausende US-Konzerne könnten gleichwohl über ihre Zweigniederlassungen in Kanada von diesem Abkommen profitieren.

Fazit: Es ist noch nichts entschieden – dafür hat der gemeinsame große Widerstand breiter

gesellschaftlicher Gruppen gesorgt! Und der muss weiter gehen, um unser aller Gemeinwohl vor multinationalen Konzerninteressen zu schützen!

*Birgit Correns*



TTIP Demonstration in Berlin am 17.9. 2016 Foto: (cc) Compact

## LEHREN AUS FUKUSHIMA, HARRISBURG ...

**In wenigen Wochen jährt sich die nukleare Katastrophe von Fukushima zum sechsten Mal, ein guter Grund noch einmal auf die Gefahren zu schauen, denen wir selbst hier und heute durch die Kernkraftwerke in unserer Umgebung ausgesetzt sind.**

Jeder Kontakt mit Radioaktivität stellt ein Gesundheitsrisiko dar. Und nicht nur das: Bei stärkerem Ausgesetzt-Sein treten Symptome der Strahlenkrankheit auf, die bis zum Tod führen können.

Die Schrottreaktoren von Tihange und Doel in unserem Nachbarland Belgien sind nur knapp 150, bzw. 200 km Luftlinie von Solingen entfernt. Beide gelten als so unsicher, dass zunächst die belgische Regierung, und inzwischen auch die Landesregierung von NRW in großen Mengen Jodtabletten eingekauft haben, die im Katastrophenfall innerhalb kürzester Zeit verteilt werden sollen an Kinder und andere Menschen unter 45 Jahre, insbesondere an Schwangere. – Je nachdem, wie der Wind steht, würde uns aber die mit Radioaktivität verseuchte Luftmasse schneller erreichen, als die Verteilung erfolgen kann. Und außerdem schützen diese Tabletten

lediglich davor, radioaktives Jod aufzunehmen und Schilddrüsenkrebs zu bekommen. Alle anderen Radioisotope werden nicht ausgebremst und entfalten ihre fatale Wirkung, ohne dass es einen Schutz gäbe. Es gäbe kein Entkommen.

Und was wäre mit den Menschen über 45 Jahre? Da streiten sich die Fachleute: Während die IPPNW die Ansicht vertritt, die Einnahme von Jodtabletten könne auch bei älteren Menschen das Risiko von Schilddrüsenkrebs wesentlich verringern, schätzen andere ärztliche Organisationen das Risiko, durch die Aufnahme von viel Jod eine Schilddrüsenkrankung zu bekommen als gewichtiger ein. Fakt ist, dass in NRW nur genügend Tabletten für Kinder und Schwangere gebunkert werden, die im Umkreis von bis zu 100 km Entfernung von einem Kernkraftwerk.

Für die 60 Kilometer bis Aachen würde die radioaktive Wolke nach einer Havarie im AKW Tihange knapp 3 Stunden brauchen. Bis nach Solingen etwas mehr als doppelt so lange. 14 Tage nach der Katastrophe in Fukushima wurde in Deutschland erstmals von

dort stammendes Jod 131 gemessen: Radioaktivität macht an keiner Grenze Halt. Darum muss unsere Forderung lauten: Alle Kernkraftwerke abschalten. Weltweit und sofort!

Weitere Informationen:

<http://www.aachener-zeitung.de/dossier/tihange>

<http://www1.wdr.de/wissen/mensch/jodtabletten-100.html>

Und für diejenigen, die den Atomausstieg durch aktives Engagement vorantreiben wollen:

<http://www.antiatomkoeln.de/> Oder hier: <https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/termine/>

Aber auch ohne bei Demos mitzumachen, kann jeder etwas für den Ausstieg tun: Sauberen Strom kaufen, zum Beispiel bei der BürgerEnergie Genossenschaft Solingen: <http://www.buergerenergie-solingen.de/Strom>

*Sibylle Arians*

# „GERADE AN DIE GEWERBEBRACHEN MÜSSEN SIE RAN!“

Podiumsdiskussion „Ittertal - was machen wir aus Dir?“ am 23.1.2017

Unter der Leitung von Dr. Cornelius Arendt diskutierten im Kunstmuseum Solingen Vertreter von Wirtschaft, Landwirtschaft und Naturschutz mit Politikern von CDU, SPD, B90/Grüne und FDP/Freie Wähler zur Frage: „Ittertal - was machen wir aus Dir?“. Eingeladen hatte die Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“ (BIRDI).

„Seit vier Jahren diskutieren wir jetzt mit der lokalen Politik über die Zukunft des Ittertales“, erklärte einleitend BIRDI-Mitglied Christian Robbin. Nun sei es an der Zeit, dies auf Regionalratsebene zu bringen. Denn dort wird der Landesentwicklungsplan NRW 2025 aufgestellt. In dessen Rahmen steht der 2. Entwurf des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (RPD), zu dem Solingen gehört, in der öffentlichen Diskussion. Der RPD bestimmt die Ordnung des Raumes, legt fest welche Flächen Solingen verbauen darf. „Im 2. korrigierten Entwurf des RPD steht nun die Forderung, regionale Grünzüge zu schützen, zu entwickeln und zu verbessern“, erklärte Robbin und zeigte anhand von Karten aus dem überarbeiteten RPD, dass das Ittertal hier als regionaler Biotop-Verbund besonderer Bedeutung (Stufe 2) eingetragen ist. Zudem ist es gekennzeichnet als „regionaler Grünzug“ mit den Funktionen: „Siedlungsgliederung, Naherholung, Biotopvernetzung“.

„Das klingt erst mal gut“, lobte Robbin, doch sehe er aktuell nur Aktivitäten, die diese Funktionen bedrohen. Anhand von Karten zeigte er dann, dass das Ittertal eins von wenigen Bachtälern ist, das eine noch bestehende Biotopvernetzung von der Wupper bis zum Rhein aufweist und dass allein in den letzten 20 Jahren in Solingen circa 100 ha landwirtschaftliche Flächen zubetoniert wurden.

Aus der daraus folgenden lebhaften Diskussion, zu der auch viele der mindestens 120 Zuschauer qualifiziert beitrugen, hier eine protokollarische Zusammenfassung, redaktionell zum Teil in Klammern ergänzt und in eine für diesen Artikel sinnvolle Ordnung gebracht:

**Johannes Paas (Kreisbauernschaft):** Pro Tag werden in NRW aktuell zehn Hektar Land versiegelt, pro Woche gibt ein landwirtschaftlicher Betrieb auf und dies angesichts des neuen Trends, dass die Menschen regional und bio einkaufen wollen. Wie soll das gehen? Man sagt, die Landwirte seien schuld, dass Artenvielfalt verloren geht und dass die Bienen sterben. Wenn die Tiere kein natürliches Rückzugsgebiet mehr haben, dann sterben sie. Und auch die Menschen brauchen Freiraum. Wir kämpfen deshalb dafür, dass man sinnvoll mit dem Land umgeht. Ja, Städte wachsen und Wirtschaft braucht Fläche. Wir müssen das intelligent machen und Gewerbebrachen reaktivieren, denn auch die Menschen wollen Freiraum. Flächen er-

halten ist Verbraucherschutz.

**Manfred Krause (Grüne Regionalratsfraktion):** Seit Aufstellung des Regionalplanes haben wir uns dafür stark gemacht, Piepersberg-West, Fürkeltrath, Keusenhof und Buschfeld nicht als Gewerbegebiete auszuweisen. Wir haben uns auch dafür eingesetzt, dass die Summenwirkung der verschiedenen geplanten Gewerbegebiete betrachtet wird. In den 90er Jahren gab es dazu schon mal Gutachten. Damals war das Monhofer Feld noch dabei. Damals wurden die jetzigen Flächen Fürkeltrath und Piepersberg abgelehnt. Aber es entsteht immer neu Druck. Bisherige Erkenntnisse werden über den Haufen geworfen. Und trotz Solinger Ratsbeschluss vom 22.9.2016, das Buschfeld als Gewerbegebiet aus dem Regionalplan wieder herauszunehmen, ist dies bislang nicht passiert. Dabei ist Solingen überversorgt, was Gewerbegebiete angeht. Erst kürzlich ist mit Grossmann eine weitere Gewerbebrache dazu gekommen.

**Ulrich G. Müller (FDP und Freie Wähler):** Keusenhof haben wir in der Planung drin, aber wir wissen seit 30 Jahren, das kann man gar nicht entwickeln. Wir wollen das Ittertal ja nicht mit dem Bagger zumachen. 10% mehr Versiegelung im Ittertal bedeutet einen

gen Grenzen fest, aber gebaut wird von der Stadt und in Fürkeltrath I ist seit 20 Jahren nichts gebaut worden. Ich möchte Ihnen ein wenig die Angst nehmen, dass morgen die Bagger anrollen.

(Vier Tage nach dieser Aussage, meldet die Solinger Morgenpost am 27.1.17, dass die Wirtschaftsförderung mit zwei einheimischen Firmen über einen Flächenverkauf in Fürkeltrath I verhandelt. Dabei geht es um drei Viertel des insgesamt 40.000 qm großen Gebietes auf halbem Weg von der Ausfahrt Haan-Ost ins historische Gräfrath.)

**Kai Sturmfels (Solinger Ratsmitglied der CDU, von der Regionalratsfraktion abgeordnet):** Solingen hat 2014 einen gewaltigen Gewerbesteuererbruch erlitten. Brachen sind nicht immer passgenau mit dem, was gebraucht wird und oft gibt es auch Nachbarschaftskonflikte. Die Topografie Solingens macht es schwierig, Dinge zu entwickeln. Gewerbebrachen aufzubereiten ist teuer und oft nicht passend. Wir haben einen Bedarf von 4-5 ha pro Jahr, die wir der Wirtschaft anbieten wollen.

Ein verärgertes Zuschauer im unruhig werdenden Saal: Das ist doch gequirlte Scheiße! Gerade an die Gewerbebrachen müssen Sie ran!



Blick vom Gewerbegebiet Piepersberg Ost auf Piepersberg West (geplant) Foto: Marion Zoubek

Temperaturanstieg von nur 0,08%. In den Gutachten steht, man kann Piepersberg West und Fürkeltrath II entwickeln mit den entsprechenden Auflagen und das sollten wir tun.

**Friederike Sinowenka (SPD im Regionalrat):** Es gibt einen Ratsbeschluss, dass das Buschfeld herausgenommen wird. Wir Fraktionen müssen dafür sorgen dass es auch aus dem Regionalplan herausgenommen wird. Ich denke, davon können wir die Fraktionen im Regionalrat auch überzeugen. Fürkeltrath II und Piepersberg aber sollen entwickelt werden. /.../ Wir haben überall diese hochwertigen Böden und der Druck der Kommunen ist immens. Wir planen das, le-

**Henner Pasch (Solinger Unternehmer, Vertreter der Wirtschaftsjuvenen):** Die Entwicklung meiner Heimatstadt ist mir wichtig, dazu gehören auch die weichen Standortfaktoren. Aber die Verfügbarkeit von Fläche ist für einen Unternehmer das wichtigste. Kein Unternehmer hat Probleme mit einer Brachfläche. Wenn wir geeignete Flächen finden und diese passend entwickeln können, dann wird niemand was ins Grüne bauen.

**Dr. Helmut Nieder (BIRDI):** Das Ittertal bedeutet Lebensqualität für die Menschen und das kann man nicht pekunär definieren. Aber damit haben Sie ein Lebensumfeld, mit dem Sie Menschen anziehen. codecentric (internationaler Software-Entwickler mit einem



Standort auch in Solingen) generiert das 50fache von dem, was Balkenhol (Solinger Wirtschaftsförderung) errechnet. Es ist Unsinn, im Produktionshallendenken verhaftet zu bleiben. Die Stadt sollte eher darüber nachdenken: Wie kriegen wir hier Menschen hin, die mit dem Kopf arbeiten? Dann bleibt auch Platz für die Landwirtschaft.

**Ulrich G. Müller (FDP):** Nur IT, das möchte ich auch, da muss man erst mal Firmen finden. Wir haben in der Republik in den letzten Jahren eine Gegenkultur. Wenn wir Rasse entwickeln, möchte ich wissen, wer dann wieder dagegen ist. Da müssen wir uns nicht wundern, wenn dann keiner herkommen will.

**Friederike Sinowenka (SPD):** Vor 24 Jahren, als ich anfang, Politik zu machen, sprach mal einer von Schlafstadt. Er wäre beinahe dafür aus der Stadt gejagt worden. Wir haben ein Pfund hier, wir haben viele Grünflächen. All diese Dinge müssen finanziert werden, zum größten Teil aus Gewerbesteuer. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen Arbeit finden. Wir müssen die Pendlerströme reduzieren. Dafür müssen sich die hier ansässigen Firmen auch entwickeln können. Das funktioniert leider nicht in Brachen. Viele sind in Privatbesitz, die Leute geben das nicht ab. Logistik-Unternehmen, die riesige Flächen verbrauchen, wird es in Solingen nicht mehr geben. Es sind genug abgewandert. Wenn Sie die riesigen Hallen von Amazon an der holländischen Grenze sehen, wird Ihnen übel. Aber es tut mir leid, ich kann mir nicht vorstellen, dass überhaupt kein Gewerbegebiet mehr entstehen wird.

**Manfred Krause (Grüne):** Schlaf-Stadt ist ein schlecht besetztes Wort. Die Menschen wohnen hier, das ist mehr als schlafen. Sie brauchen Naherholung, kulturelle Angebote, wenig Lärm, ein gesundes Wohnumfeld. Das ist ein Pfund, was wir haben. Wir können nicht auf Dauer jedes Jahr 4 ha verbrauchen, der Boden ist endlich. Die Wirtschaft muss sich umstricken. Und Schüren (für dessen Brötchen das Getreide in Fürkeltrath II wächst), ist auch eine zu unterstützende Wirtschaft. Und Firmen wie codecentric wollen nicht ins Ittertal, codecentric wollte direkt an den IC-Haltepunkt in Solingen-Ohligs.

**Dr. Cornelius Arendt (Moderation):** Darf eine einzelne Stadt moralisch betrachtet allein darüber entscheiden, was in einer überregionalen Achse geschieht, in der sich 40.000 Menschen erholen? Publikum applaudiert.

**Sibylle Ariens (Die Linke):** Je mehr landwirtschaftliche Flächen wir rausnehmen, desto größer wird der Druck auf die verbleibenden Flächen. Man sieht es an der Nitratbelastung. Es gibt Gegenden, da kann man das Grundwasser nicht mehr trinken. Wir brauchen einen grundsätzlichen sozialen und ökologischen Umbau. Wir ernähren uns auf Kosten der dritten Welt und unseres Klimas. Wir müssen zu regionaler Ernährung zurückkehren. Und wir müssen überlegen, was man auf bundespolitischer Ebene ändern kann, da-

mit die kommunalen Einnahmen nicht nur auf Gewerbe basieren.

**Christian Robbin (BIRDI):** Ich vermisse eine strategische Entwicklung von Solingen. Man könnte doch mal damit anfangen zu sagen: wir haben keine Naturflächen mehr zu vergeben, wir entwickeln, was wir haben. Damit hätten wir erst mal genug zu tun. Warum wird nicht an unsere nachfolgenden Generationen gedacht? Was ist, wenn alle Flächen verbraucht sind?

**Kai Sturmfels (CDU):** Wir haben die Brachen kartographiert. Sehr gern hätten wir, dass der Tertiärbereich wächst, aber das ist eine Entwicklung, die geht nicht von heute auf morgen. Wir sind ein traditionell produzierender Standort. Es kann nicht jeder mit dem Kopf arbeiten. Wir müssen jedem Menschen in Solingen die Möglichkeit geben zu arbeiten.

#### Zur Zukunft der Fläche Buschfeld brachte die Podiumsdiskussion ein wichtiges Ergebnis:

Der Solinger Stadtrat hatte am 22.9.2016 erneut beschlossen, dass das Landschaftsschutzgebiet Buschfeld nicht bebaut werden und die Ausweisung von Buschfeld als Gewerbegebiet aus dem Regionalplan-Entwurf herausgenommen werden soll. Bei diesem Beschluss stimmten nur noch die drei Ratsmitglieder der FDP für ein Gewerbegebiet Buschfeld. Alle anderen lehnten dies ab. Bisher weigert sich aber die Bezirksregierung, diesen Beschluss nachzuvollziehen. Entscheiden wird der parlamentarisch besetzte Regionalrat.

Bei der Podiumsdiskussion gab es zumindest zu diesem Thema Einigkeit bei SPD, CDU und Grünen: Es soll gemeinsam dafür gesorgt werden, dass die drei Regionalratsfraktionen gegen ein Gewerbegebiet Buschfeld stimmen. Eine Mehrheit dafür wäre dann sicher. Es bleibt zu hoffen, dass Friederike Sinowenka und Kai Sturmfels und mit ihnen die Solinger SPD und CDU die Erhaltung des Buschfelds in ihren Fraktionen im Regionalrat durchsetzen können.

**Landwirt Karsten Broker:** Ich führe seit 17 Generationen ein mittelständiges Unternehmen mit mehreren Mitarbeitern, die mit Kopf und Körper arbeiten und das durchgehend im selben Gewerk, das müssen Sie mir erst mal vormachen.

**Henner Pasch (Wirtschaftsjunioren):** Ich vertrete Sie mit!

**Broker:** Schön, dass Sie das sagen, ist mir bisher noch nicht aufgefallen.

**Pasch:** Sie brauchen Flächen, auf denen Sie Ihren Erfolg fortschreiben, aber wir brauchen auch Flächen.

**Broker:** Die Flächen, die wir hinterlassen sind so gut, dass sie händeringend gesucht werden. Die Flächen, die die Industrie hinterlässt, sind so teuer aufzuarbeiten, dass sie kei-

ner mehr anpacken will. Merken Sie das Problem! Wie kommen wir zusammen, Herr Pasch? Wir sind an einem Punkt angekommen, wo der Bedarf an landwirtschaftlicher Fläche nicht nur hier in Solingen deutlich untergedeckt ist. Unsere Verbände machen sich deshalb zu dem Thema, wie man intelligent mit Flächen umgeht, deutlich mehr Gedanken, denn Nahrungs- und Futtermittel können wir nur auf sauberen Flächen produzieren. Flächen, die zubetoniert werden, sind für die Landwirtschaft für immer verloren. Ein Gewerbegebiet aber kann problemlos auf eine Brache.

**Dr. Helmut Nieder (BIRDI):** Diese Böden haben sich in Jahrtausenden entwickelt, sie sind ein Kulturgut. Auf diesen Böden wirtschaften Menschen. Bitte denken Sie darüber nach, wie Sie Ihre Abwägungsprozesse in die Zukunft projizieren! Jede Fläche, die Sie heute versiegeln, ist morgen eine Altlast.

**Johannes Paas (Kreisbauernschaft):** In meiner Heimatstadt Ratingen nehmen wir Geld in die Hand und bringen die Brachflächen wieder in Ordnung.

**Ulrich G. Müller (FDP):** Wir können nur so viel Geld in die Hand nehmen, wie wir bekommen.

**Manfred Krause (Grüne):** Altlasten müssen beseitigt werden, dazu gibt es einen Altlastenfond. Zahlreiche Flächen in Solingen wurden schon mit Landesgeldern saniert.

**Dr. Cornelius Arendt (Moderation):** Herr Sturmfels. Sie haben in der Aktuellen Stunde gesagt, dass Sie sich dafür einsetzen wollen, dass nur die Flächen im Eigentum der Wirtschaftsförderung entwickelt werden. Sie haben gesagt: „Wir werden die Baufläche Piepersberg-West deutlich reduzieren.“ Wieso ist das im Regionalplan nicht sichtbar? Der neu veröffentlichte Bebauungsplan hat die Fläche sogar vergrößert.

**Kai Sturmfels (CDU):** Ich stehe dazu, wir werden die Fläche deutlich reduzieren.

(Zu Buschfeld:) Wir Fraktionen sollten uns dafür einsetzen, dass Buschfeld als Gewerbegebiet im Regionalplan rausgenommen wird. Wenn wir das aus Überzeugung sagen, dann erwarte ich auch von den Vertretern im Regionalrat, dass sie unser Votum akzeptieren. Die Diskussionslage ist da auch eindeutig: Buschfeld ist für uns kein Thema mehr.

**Moritz Schulze (Biologische Stationen in Solingen und in Düsseldorf/Mettmann):** Es gibt bei den Gewerbegebieten Fürkeltrath II und Piepersberg-West gravierende artenschutzrechtliche Probleme. Mehrere Arten – wie Feldlerchen und Rauchschnäbel – die von der landwirtschaftlichen Nutzung abhängig sind, leben hier. Sie würden ihre Lebensräume verlieren. Ein funktionaler Ausgleich ist nach Ansicht der Naturschutzverbände kaum machbar. Die Naturschutzverbände werden von daher die vorgelegten Gutachten kritisch überprüfen und behalten sich die Einleitung von rechtlichen Schritten vor.

*Renate Bernhard*

## gruppeninfos

### Alevitische Kultur Gemeinde Solingen und Umgebung e.V.:

Weyersberger Str. 32, Kontakt: [isolmaz@arcor.de](mailto:isolmaz@arcor.de)

**AG Weiße Rose:** Geschwister-Scholl-Schule, Querstraße 42

### Amnesty international:

Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20 Uhr, Lebenshilfe (Südpark), Alexander-Coppel-Str. 19-21, Kontakt: Tel.: 4 15 78

**Attac-Frühstückstreff:** Jeden 3. Mittwoch, 10-12 Uhr im Café Courage

**Ausländerrechtliche Beratungskommission:** Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt:

Helmut Eckermann (Tel.: 4 15 78) oder

Diakonisches Werk, Ewa Scott (Tel.: 2 87 27)

**BürgerEnergie Solingen eG:** Kontakt und weitere Informationen: [www.buergerenergie-solingen.de](http://www.buergerenergie-solingen.de), [info@buergerenergie-solingen.de](mailto:info@buergerenergie-solingen.de)

**Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“:** [www.rettetdasittertal.de](http://www.rettetdasittertal.de),

[Post@rettetdasittertal.de](mailto:Post@rettetdasittertal.de)

**Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“:** Jeden 2. Dienstag im Monat, 19 Uhr, Café Courage,

Mehr Infos: [www.solingen-gehoert-uns.org](http://www.solingen-gehoert-uns.org), [info@solingen-gehoert-uns.org](mailto:info@solingen-gehoert-uns.org)

**Café Courage:** Klemens-Horn-Straße 3, 42655 SG, Tel.: 27 36 35

**Cow Club:** [www.cowclub.de](http://www.cowclub.de), Kontakt: Wohnzimmer, Düsseldorf Str. 87 donnerstags 20 Uhr

**Critical Mass:** Radfahrer treffen sich zu gemeinsamer Fahrt, sie wollen mehr Unterstützung für das Radfahren. Jeden 3. Freitag im Monat um 19 Uhr, SG Parkplatz Eissporthalle

**DFG/VK:** Kontakt: Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

**FAU Solingen:** anarchosyndikalistische Gewerkschaft, Offenes Treffen jeden dritten Freitag im Monat im Café Courage um 19:30 Uhr, [www.fau.org/ortsgruppen/solingen/](http://www.fau.org/ortsgruppen/solingen/)

**Flüchtlingshilfe Solingen e.V.:** [www.fluechtlingshilfe-solingen.de](http://www.fluechtlingshilfe-solingen.de), Ufergarten 25, 42651

Solingen, Tel.: 20 00 25 34, Fax: 20 00 25 25

**Förderverein Freibad Aufderhöhe:** Kontakt: Birgit Evertz,

Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

**Frauenhaus:** Tel: 5 45 00

**Frauen helfen Frauen:** Brühler Str. 59, Tel: 5 54 70

**Informationsbüro Nicaragua:** Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

**Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“:** Kontakt: D. Donner, Tel.: 0 21 03/6 50 30

**Naturfreundegruppe Wald-Ohligs, Haus Holzerbachtal:** Eipaßstr. 25b, 42653 SG, Tel.: 0212-313791, Sa.-So. offen, Infos und Programm: [www.naturfreundehaus-holzerbachtal.de](http://www.naturfreundehaus-holzerbachtal.de)

**Öffentlichkeit gegen Gewalt:** Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

**RBN, Bergischer Naturschutzverein:** [www.rbn-solingen.de](http://www.rbn-solingen.de); [rbn@rbn-solingen.de](mailto:rbn@rbn-solingen.de), Kontakt:

Thomas Bloss, Tel.: 2 30 97 77

**Schritt für Schritt** Brückenbauen, ein Selbsthilfeprojekt für soziale Teilhabe von Erwerbslosen. Kullerstr. 4 Tel.: 02 12/23 13 44 16

**Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus:** c/o Café Courage,

Kontakt: [solinger-appell@operamail.com](mailto:solinger-appell@operamail.com), Treff: Do. 23.2.17, 20 Uhr, dann 14-tägig Café Courage

**Solinger Arbeitslosenzentrum „Salz“:** Tel.: 02 12/23 13 44 33

**Stiftung W:** [www.stifung-w.de](http://www.stifung-w.de); [mail@stifung-w.de](mailto:mail@stifung-w.de); Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal

**tacheles:** [tacheles-solingen@gmx.de](mailto:tacheles-solingen@gmx.de), [www.tacheles-solingen.de](http://www.tacheles-solingen.de); c/o Café Courage

**Türkischer Volksverein Solingen und Umgebung e.V.:**

Mehrgenerationenhaus, Mercimekplatz 1 (Früher Van-Meenen-Straße 1)

**Unterstützerkreis Stolpersteine für Solingen:**

c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel.: 31 81 30

**VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA):**

[www.solingen.vvn-bda.de](http://www.solingen.vvn-bda.de), c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel.: 31 81 30

**ZukunftsWelten e.V.:** Kontakt: Familie Thom, Mohrenkamp 20, SG, Tel.: 59 07 96

Januar  
bis April  
2017

getaway  
[www.facebook.com/getawayso](http://www.facebook.com/getawayso)

SA  
jeden 1. Samstag  
**Charts  
Party**  
feat. ROCKBAR  
in der Cocktailbar  
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €

SA  
**MIDLIFE  
CRISIS**  
Die Ü 30 Party  
jeden 2. Samstag  
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €

SA  
jeden 3. Samstag  
**Zurück in  
die Zukunft**  
80er & 90er Party  
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €

SA  
Unsere neue Party Reihe  
jetzt jeden 4. Samstag  
**Ältern  
Abend**  
Wir spielen die Lieblings-  
stücke aus Eurer wilden Zeit  
Partyklassiker und Rockmusik  
von den 70ern bis Heute  
Start: 20 Uhr Eintritt: 7 €  
FR 10.2 und 24.3.2017

SO 26.02.2017  
**Karnevalsonntag  
VORABI-  
PARTY**  
Start: 20 Uhr 6,-/8,- + MV 5,- €  
FR 10.03.2017

SA 29.04.2017  
jeden 5. Samstag  
**EXIT  
PARTY**  
mit den Original Dj's  
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €

Kottendorfer Str. 21 - 42697 Solingen